Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5378

14. 06. 76

Sachgebiet 611

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 22. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und bestimmter anderer Steuern

A. Zielsetzung

Das Abkommen ersetzt das durch die Rechtsentwicklung überholte Doppelbesteuerungsabkommen vom 4. Juni 1956 mit dem Ziel, die deutsch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern und einen Beitrag zu ihrem Ausbau zu leisten.

B. Lösung

Das Abkommen vom 22. Januar 1976 trifft die erforderlichen Regelungen; es ist zustimmungsbedürftig (Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes). Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Alternativvorschläge liegen nicht vor.

D. Kosten

Keine haushaltswirtschaftlich erheblichen Auswirkungen.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (44) — 521 05 — Do 28/76

Bonn, den 11. Juni 1976

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 22. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und bestimmter anderer Steuern mit Begründung (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher, englischer und französischer Sprache, ein Protokoll und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 434. Sitzung am 14. Mai 1976 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Schmidt

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 22. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und bestimmter anderer Steuern

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 22. Januar 1976 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und bestimmter anderer Steuern sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen sowie das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen soll auch im Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland — wie schon nach dem bisherigen Doppelbesteuerungsabkommen vom 4. Juni 1956 — zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen deutscher Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewährt zu werden. Die Änderung des bisherigen Rechtszustands führt zu Mehr- oder Mindereinnahmen bei den vom Abkommen betroffenen Steuern bei Bund, Ländern und Gemeinden. Die Höhe dieser Mehr- oder Mindereinnahmen läßt sich jedoch nicht schätzen; sie dürfte haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und bestimmter anderer Steuern

Agreement between the Federal Republic of Germany and Canada for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and Certain Other Taxes

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et le Canada tendant à éviter les doubles impositions et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu et de certains autres impôts

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Kanada —

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und bestimmter anderer Steuern zu schließen —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die von einem der beiden Vertragsstaaten erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

The Federal Republic of Germany
and
Canada,

desiring to conclude an Agreement for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and certain other taxes,

have agreed as follows:

Article 1

Personal Scope

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

Taxes Covered

1. This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed by each Contracting State, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

La République fédérale d'Allemagne
et
le Canada,

désireux de conclure un Accord tendant à éviter les doubles impositions et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu et de certains autres impôts,

sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1

Personnes visées

Le présent Accord s'applique aux personnes qui sont des résidents d'un État contractant ou de chacun des deux États.

Article 2

Impôts visés

1. Le présent Accord s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus par chacun des États contractants, quel que soit le système de perception.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune les impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale, ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation des biens mobiliers ou immobiliers, les impôts sur le montant des salaires payés par les entreprises, ainsi que les impôts sur les plus-values.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören

a) in Kanada:
die von der kanadischen Regierung erhobenen Einkommensteuern
(im folgenden als „kanadische Steuer" bezeichnet);

b) in der Bundesrepublik Deutschland:
die Einkommensteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe dazu,
die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe dazu,
die Vermögensteuer und
die Gewerbesteuer
(im folgenden als „deutsche Steuer" bezeichnet).

(4) Die Bestimmungen dieses Abkommens, die die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens betreffen, gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete Gewerbesteuer.

(5) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art vom Einkommen und für Steuern vom Vermögen, die nach der Unterzeichnung dieses Abkommens neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) i) bedeutet der Ausdruck „Kanada", im geographischen Sinne verwendet, das kanadische Hoheitsgebiet einschließlich aller Gebiete außerhalb der kanadischen Hoheitsgewässer, die nach kanadischem Recht zu den Gebieten gehören, in denen Kanada seine Rechte hinsichtlich des Meeresbodens und des Meeresuntergrunds sowie ihrer Naturschätze ausüben darf;

ii) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland", im geographischen Sinne verwendet, den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle Gebiete außerhalb der Hoheitsgewässer der Bundesrepublik Deutschland, in denen die Bundesrepublik Deutschland ihre Rechte hinsichtlich des Meeresbodens und des Meeresunter-

3. The existing taxes to which the Agreement shall apply are:

(a) in the case of Canada:
the income taxes imposed by the Government of Canada,
(hereinafter referred to as "Canadian tax");

(b) in the case of the Federal Republic of Germany:
the income tax (Einkommensteuer) including the surcharge (Ergänzungsabgabe) thereon,
the corporation tax (Körperschaftsteuer) including the surcharge (Ergänzungsabgabe) thereon,
the capital tax (Vermögensteuer), and
the trade tax (Gewerbesteuer),
(hereinafter referred to as "German tax").

4. The provisions of this Agreement in respect of taxation of income or capital shall likewise apply to the German trade tax computed on a basis other than income or capital.

5. The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes on income and to taxes on capital which are imposed after the date of signature of this Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The Contracting States shall notify each other of changes which have been made to their respective taxation laws.

Article 3

General Definitions

1. In this Agreement unless the context otherwise requires:

(a) (i) the term "Canada" used in a geographical sense, means the territory of Canada, including any area beyond the territorial waters of Canada which under the laws of Canada is an area within which the rights of Canada with respect to the sea-bed and sub-soil and their natural resources may be exercised;

(ii) the term "Federal Republic of Germany" used in a geographical sense, means the territory in which the Basic Law for the Federal Republic of Germany is in force, and any area beyond the territorial waters of the Federal Republic of Germany, within which, under German law, the rights of the Federal Republic of Germany with respect to the sea-

3. Les impôts actuels auxquels s'applique l'Accord sont:

a) en ce qui concerne le Canada:
les impôts sur le revenu qui sont perçus par le Gouvernement du Canada
(ci-après dénommés «impôt canadien»);

b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
l'impôt sur le revenu (Einkommensteuer) y compris la surtaxe (Ergänzungsabgabe) sur cet impôt,
l'impôt sur les sociétés (Körperschaftsteuer) y compris la surtaxe (Ergänzungsabgabe) sur cet impôt,
l'impôt sur la fortune (Vermögensteuer) et
la contribution des patentes (Gewerbesteuer),
(ci-après dénommés «impôt allemand»).

4. Les dispositions du présent Accord concernant l'imposition du revenu ou de la fortune s'appliquent également à la contribution allemande des patentes calculée sur d'autres bases que le revenu ou la fortune.

5. L'Accord s'appliquera aussi aux impôts sur le revenu de nature identique ou analogue et aux impôts sur la fortune qui seraient entrés en vigueur après la date de signature du présent Accord et qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient. Les États contractants se communiqueront les modifications apportées à leurs législations fiscales respectives.

Article 3

Définitions générales

1. Au sens du présent Accord, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente:

a) (i) le terme «Canada» employé dans un sens géographique, désigne le territoire du Canada, y compris toute région située au-delà des eaux territoriales du Canada qui, en vertu des lois du Canada, est une région à l'intérieur de laquelle peuvent être exercés les droits du Canada à l'égard du sol marin et son sous-sol et de leurs ressources naturelles;

(ii) l'expression «République fédérale d'Allemagne» employée dans un sens géographique, désigne le territoire d'application de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne et toute région située au-delà des eaux territoriales de la République fédérale d'Allemagne, à l'intérieur de laquelle, en vertu du droit allemand, peuvent être exercés les droits

grunds sowie ihrer Naturschätze nach deutschem Recht ausüben darf;

b) bedeuten die Ausdrücke „Vertragsstaat" und „der andere Vertragsstaat" je nach dem Zusammenhang Kanada oder die Bundesrepublik Deutschland;

c) umfaßt der Ausdruck „Person" natürliche Personen, Nachlässe, Trusts, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft" juristische Personen oder andere Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats" und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats" je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

f) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde"

i) auf seiten Kanadas den Minister of National Revenue oder seinen bevollmächtigten Vertreter;

ii) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen;

g) bedeutet der Ausdruck „Steuer" kanadische Steuer oder deutsche Steuer, wie es sich aus dem Zusammenhang ergibt;

h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger"

i) in bezug auf Kanada alle natürlichen Personen, die die kanadische Staatsangehörigkeit besitzen, und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Kanada geltenden Recht errichtet worden sind;

ii) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die

bed and sub-soil and their natural resources may be exercised;

(b) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean, as the context requires, Canada or the Federal Republic of Germany;

(c) the term "person" includes an individual, an estate, a trust, a company or any other body of persons;

(d) the term "company" means any body corporate or any other entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

(e) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

(f) the term "competent authority" means:

(i) in the case of Canada, the Minister of National Revenue or his authorized representative,

(ii) in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Finance;

(g) the term "tax" means Canadian tax or German tax as the context requires;

(h) the term "national" means:

(i) in respect of Canada, any individual possessing the nationality of Canada and any legal person, partnership or association deriving its status as such from the law in force in Canada;

(ii) in respect of the Federal Republic of Germany, any German within the meaning of Article 116, paragraph 1, of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany.

2. As regards the application of the Agreement by a Contracting State any term not otherwise defined shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under

de la République fédérale d'Allemagne à l'égard du fond des mers et son sous-sol et de leurs ressources naturelles;

b) les expressions «un État contractant» et «l'autre État contractant» désignent, suivant le contexte, la République fédérale d'Allemagne ou le Canada;

c) le terme «personne» comprend les personnes physiques, les successions (estates), les fiducies (trusts), les sociétés et tous autres groupements de personnes;

d) le terme «société» désigne toute personne morale ou toute autre entité qui est considérée comme une personne morale aux fins d'imposition;

e) les expressions «entreprise d'un État contractant» et «entreprise de l'autre État contractant» désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un État contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre État contractant;

f) l'expression «autorité compétente» désigne:

(i) en ce qui concerne le Canada, le ministre du Revenu national ou son représentant autorisé;

(ii) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, le ministre fédéral des Finances;

g) le terme «impôt» désigne, suivant le contexte, l'impôt canadien ou l'impôt allemand;

h) le terme «national» désigne

(i) en ce qui concerne le Canada, toute personne physique qui possède la nationalité du Canada et toute personne morale, société de personnes et association constituées conformément à la législation en vigueur au Canada;

(ii) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tout Allemand au sens de l'article 116, paragraphe 1, de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne et toute personne morale, société de personnes et association constituées conformément à la législation en vigueur en République fédérale d'Allemagne.

2. Pour l'application de l'Accord par un État contractant, toute expression qui n'est pas autrement définie a le sens qui lui est attribué par la législation dudit État régissant les impôts

ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (im folgenden als „Mittelpunkt der Lebensinteressen" bezeichnet);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;

d) besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so bemühen sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten, deren Rechtsstellung in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte"

the laws of that Contracting State relating to the taxes which are the subject of the Agreement.

Article 4

Fiscal Domicile

1. For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the law of that State, is liable to taxation therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, his status shall be determined in accordance with the following rules:

(a) he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a permanent home available to him. If he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his personal and economic relations are closest (hereinafter referred to as his "centre of vital interests");

(b) if the Contracting State in which he has his centre of vital interests cannot be determined or if he has not a permanent home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has an habitual abode;

(c) if he has an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State of which he is a national;

(d) if he is a national of both Contracting States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle its status by mutual agreement.

Article 5

Permanent Establishment

1. For the purposes of this Agreement, the term "permanent establish-

qui font l'objet de l'Accord, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.

Article 4

Domicile fiscal

1. Au sens du présent Accord, l'expression «résident d'un État contractant» désigne toute personne qui, en vertu de la législation dudit État, est assujettie à l'impôt dans cet État en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue.

2. Lorsque, selon la disposition du paragraphe 1, une personne physique est considérée comme résident de chacun des États contractants, sa situation est déterminée d'après les règles suivantes:

a) cette personne est considérée comme résident de l'État contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Lorsqu'elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans chacun des États contractants, elle est considérée comme résident de l'État contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (ci-après dénommé «centre des intérêts vitaux»);

b) si l'État contractant où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminé, ou qu'elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des États contractants, elle est considérée comme résident de l'État contractant où elle séjourne de façon habituelle;

c) si cette personne séjourne de façon habituelle dans chacun des États contractants ou qu'elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme résident de l'État contractant dont elle possède la nationalité;

d) si cette personne possède la nationalité de chacun des États contractants ou qu'elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des États contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Lorsque, selon la disposition du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est considérée comme résident de chacun des États contractants, les autorités compétentes des États contractants s'efforceront d'un commun accord de régler sa situation.

Article 5

Établissement stable

1. Au sens du présent Accord, l'expression «établissement stable» dési-

eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte" umfaßt insbesondere

a) einen Ort der Leitung,
b) eine Zweigniederlassung,
c) eine Geschäftsstelle,
d) eine Fabrikationsstätte,
e) eine Werkstätte,
f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge zu schließen, und die Vollmacht in dem erstgenannten Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit

ment" means a fixed place of business in which the business of the enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term "permanent establishment" shall include especially:

(a) a place of management;
(b) a branch;
(c) an office;
(d) a factory;
(e) a workshop;
(f) a mine, quarry or other place of extraction of natural resources;
(g) a building site or construction or assembly project which exists for more than 12 months.

3. The term "permanent establishment" shall not be deemed to include:

(a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
(b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
(c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
(d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise, or for collecting information, for the enterprise;
(e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research, or for similar activities which have a preparatory or auxiliary character, for the enterprise.

4. A person — other than an agent of an independent status to whom paragraph 5 applies — acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State shall be deemed to be a permanent establishment in the first-mentioned State if he has, and habitually exercises in that first-mentioned State, an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless his activities are limited to the purchase of goods or merchandise for the enterprise.

5. An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State

gne une installation fixe d'affaires où l'entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. L'expression «établissement stable» comprend notamment:

a) un siège de direction;
b) une succursale;
c) un bureau;
d) une usine;
e) un atelier;
f) une mine, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles;
g) un chantier de construction ou de montage dont la durée dépasse douze mois.

3. On ne considère pas qu'il y a établissement stable si:

a) il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise;
b) des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;
c) des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise;
d) une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;
e) une installation fixe d'affaires est utilisée pour l'entreprise aux seules fins de publicité, de fourniture d'informations, de recherches scientifiques ou d'activités analogues qui ont un caractère préparatoire ou auxiliaire.

4. Une personne — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant, visé au paragraphe 5 — qui agit dans un État contractant pour le compte d'une entreprise de l'autre État contractant est considérée comme constituant un établissement stable dans le premier État si elle dispose dans ce premier État de pouvoirs qu'elle y exerce habituellement lui permettant de conclure des contrats au nom de l'entreprise, à moins que l'activité de cette personne ne soit limitée à l'achat de marchandises pour l'entreprise.

5. On ne considère pas qu'une entreprise d'un État contractant a un établissement stable dans l'autre État contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un

durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, where such persons are acting in the ordinary course of their business.

6. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

6. Le fait qu'une société qui est un résident d'un État contractant contrôle ou est contrôlée par une société qui est un résident de l'autre État contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen einschließlich der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf welche die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung und jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

Article 6

Income from Immovable Property

1. Income from immovable property including income from agriculture or forestry may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

2. The term "immovable property" shall be defined in accordance with the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property and to profits from the alienation of such property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of professional services.

Article 6

Revenus de biens immobiliers

1. Les revenus provenant de biens immobiliers y compris les revenus des exploitations agricoles ou forestières, sont imposables dans l'État contractant où ces biens sont situés.

2. L'expression «biens immobiliers» est définie conformément au droit de l'État contractant où les biens considérés sont situés. L'expression englobe en tous cas les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des redevances variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres richesses du sol; les navires et aéronefs ne sont pas considérés comme biens immobiliers.

3. La disposition du paragraphe 1 s'applique aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers et aux bénéfices provenant de l'aliénation de tels biens.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession libérale.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt oder ausgeübt hat. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser

Article 7

Business Profits

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on or has carried on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on or has carried on

Article 7

Bénéfices des entreprises

1. Les bénéfices d'une entreprise d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'entreprise n'exerce ou n'ait exercé son activité dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce ou a exercé son acti-

Weise aus oder hat es sie so ausgeübt, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus oder hat es sie so ausgeübt, so sind vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der Absätze 1 bis 5 sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschiffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im

business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on or has carried on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall be in each Contracting State attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed those deductible expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment including executive and general administrative expenses, whether incurred in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles laid down in this Article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is a good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping and Air Transport

1. Profits from the operation of ships or aircraft in international traf-

vité d'une telle façon, les bénéfices de l'entreprise sont imposables dans l'autre État mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, lorsqu'une entreprise d'un État contractant exerce ou a exercé son activité dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque État contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Dans le calcul des bénéfices d'un établissement stable, sont imputées les dépenses déductibles qui sont exposées aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'État où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

4. S'il est d'usage, dans un État contractant, de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties, aucune disposition du paragraphe 2 n'empêche cet État contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes énoncés dans le présent article.

5. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du fait que cet établissement stable a simplement acheté des marchandises pour l'entreprise.

6. Aux fins des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont calculés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

7. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles du présent Accord, les dispositions de ces articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

Article 8

Navigation maritime et aérienne

1. Les bénéfices provenant de l'exploitation, en trafic international, de

internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

fic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall likewise apply to profits derived from the participation in a pool, a joint business or in an international operating agency.

navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de la direction effective de l'entreprise est situé.

2. Si le siège de la direction effective d'une entreprise de navigation maritime est à bord d'un navire, ce siège est réputé situé dans l'État contractant où se trouve le port d'attache de ce navire, ou, à défaut de port d'attache, dans l'État contractant dont l'exploitant du navire est un résident.

3. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux bénéfices tirés de la participation à un pool, à une exploitation en commun ou à un organisme international d'exploitation.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Article 9

Associated Enterprises

Where

(a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 9

Entreprises associées

Lorsque

a) une entreprise d'un État contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre État contractant, ou que

b) les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un État contractant et d'une entreprise de l'autre État contractant,

et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions acceptées ou imposées, qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été obtenus par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; stehen jedoch die Dividenden einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person zu, so darf diese Steuer 15 vom

Article 10

Dividends

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, and according to the law of that State; but where a resident of the other Contracting State is the beneficial owner of the dividends, the tax so charged shall

Article 10

Dividendes

1. Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Toutefois, ces dividendes peuvent être imposés dans l'État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident et selon la législation de cet État; cependant, lorsqu'un résident de l'autre État contractant en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 p. 100 du

Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf die Steuer auf Dividenden, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in Kanada ansässige Gesellschaft zahlt, 25 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn

a) mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft der in Kanada ansässigen Gesellschaft oder dieser Gesellschaft zusammen mit anderen Personen gehören, die die Gesellschaft, welche die Dividenden zahlt, beherrschen oder von ihr beherrscht oder mit ihr gemeinsam beherrscht werden, und

b) die deutsche Körperschaftsteuer auf Einkünfte der die Dividenden zahlenden Gesellschaft für ausgeschüttete Gewinne zu einem niedrigeren Satz erhoben wird als für nichtausgeschüttete Gewinne und der Unterschied zwischen beiden Sätzen mindestens 20 Punkte beträgt.

Dies gilt jedoch mit der Maßgabe, daß Absatz 2 auf Dividenden anzuwenden ist, die keine „berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen" für die zahlende Gesellschaft im Sinne des deutschen Körperschaftsteuerrechts sind.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, in der gleichen Weise besteuert werden wie Einkünfte aus Aktien, und im Fall der Bundesrepublik Deutschland Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(5) Die Absätze 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine freiberufliche Tätigkeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt, sofern die Beteiligung, für welche die

not exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends. The provisions of this paragraph shall not affect the taxation of the company on the profits out of which the dividends are paid.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, the tax on dividends paid by a company which is a resident of the Federal Republic of Germany to a company which is a resident of Canada shall not exceed 25 per cent of the gross amount of such dividends

(a) if at least 25 per cent of the voting shares of the company which is a resident of the Federal Republic of Germany is owned by the company which is a resident of Canada or by such company together with other persons exercising the control over, being under the control of, or being under common control with, the company paying the dividends, and

(b) if the German corporation tax on the income of the company paying the dividends is levied on distributed profits at a lower rate than on undistributed profits and the difference between those two rates is 20 percentage points or more.

Provided, however, that the provisions of paragraph 2 shall apply to dividends which are not "qualifying distributions" ("berücksichtigungsfähige Ausschüttungen") for the paying company, within the meaning of the German corporation tax law.

4. The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the taxation law of the State of which the company making the distribution is a resident, and in the case of the Federal Republic of Germany, income derived by a sleeping partner from his participation as such and distributions on certificates of an investment trust.

5. The provisions of paragraphs 2 and 3 shall not apply if the recipient of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein or performs in that other State professional services from a fixed base situated therein, and the holding in

montant brut de ces dividendes. Les dispositions du présent paragraphe ne concernent pas l'imposition de la société sur les bénéfices qui servent au paiement des dividendes.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, l'impôt sur les dividendes payés par une société qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne à une société qui est un résident du Canada, ne peut excéder 25 p. 100 du montant brut de ces dividendes

a) si au moins 25 p. 100 des actions assorties d'un droit de vote de la société qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne sont détenues par la société qui est un résident du Canada, ou par cette société et d'autres personnes qui contrôlent la société qui paie les dividendes ou qui sont contrôlées par celle-ci ou par les mêmes personnes que celle-ci, et

b) si l'impôt allemand sur les sociétés afférent au revenu de la société qui paie les dividendes est prélevé sur les bénéfices distribués à un taux inférieur à celui qui est perçu sur les bénéfices non distribués et si la différence entre les deux taux est de 20 points de pourcentage ou davantage.

Pourvu, toutefois, que les dispositions du paragraphe 2 s'appliquent aux dividendes qui ne sont pas des «distributions reconnues» («berücksichtigungsfähige Ausschüttungen») pour la société distributrice, au sens de la législation allemande de l'impôt sur les sociétés.

4. Le terme «dividendes» employé dans le présent article désigne les revenus provenant d'actions, actions ou bons de jouissance, parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires à l'exception des créances, ainsi que les revenus qui sont soumis au même régime fiscal que les revenus d'actions par la législation fiscale de l'État dont la société distributrice est un résident, et en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, les revenus qu'un commanditaire (stiller Gesellschafter) tire de sa participation comme telle et les distributions afférentes à des parts dans une fiducie d'investissement.

5. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des dividendes, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et

Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist je nachdem Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(6) Ist eine Gesellschaft in einem Vertragsstaat ansässig, so darf der andere Vertragsstaat, in dem die Gesellschaft nicht ansässig ist, weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, die Dividenden werden an eine in dem anderen Staat ansässige Person gezahlt oder die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, gehört tatsächlich zu einer in dem anderen Staat gelegenen Betriebstätte oder festen Einrichtung, noch die nichtausgeschütteten Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

(7) Ungeachtet aller sonstigen Bestimmungen dieses Abkommens kann Kanada die einer in Kanada gelegenen Betriebstätte zuzurechnenden Einkünfte einer Gesellschaft einer Steuer unterwerfen, die neben der Steuer erhoben wird, welche auf die Einkünfte einer nach kanadischem Recht gegründeten Gesellschaft entfällt, vorausgesetzt, daß der Satz der zusätzlich erhobenen Steuer 15 vom Hundert nicht übersteigt. Für die Zwecke dieser Bestimmung bedeutet der Ausdruck „Einkünfte" die Gewinne, die der in Kanada gelegenen Betriebstätte in Übereinstimmung mit Artikel 7 in einem Jahr und vorhergehenden Jahren nach Abzug nachstehender Beträge zuzurechnen sind:

a) alle Steuern, die in Kanada von diesen Gewinnen erhoben werden, ausgenommen die in diesem Absatz erwähnte zusätzliche Steuer, und

b) in Kanada reinvestierte Gewinne, vorausgesetzt, dieser Abzugsbetrag wird nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen des kanadischen Rechts über die Ermittlung des Abzugs bei Vermögensinvestitionen in Kanada und nach etwaigen späteren Änderungen dieser Bestimmungen, die den allgemeinen Grundsatz hiervon nicht berühren, berechnet.

Der Ausdruck „Einkünfte" umfaßt jedoch nicht Gewinne, die einer in Kanada gelegenen Betriebstätte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft zuzurechnen sind und die in einem Jahr erwirtschaftet wurden, in dem die Gesellschaft ihre Tätigkeit nicht überwiegend in Kanada ausgeübt hat.

respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such a case, the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

6. Where a company is a resident of a Contracting State, the other Contracting State of which the company is not a resident, may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

7. Notwithstanding any provision in this Agreement, Canada may impose on the earnings of a company attributable to a permanent establishment in Canada, tax in addition to the tax which would be chargeable on the earnings of a company incorporated in Canada, provided that the rate of such additional tax so imposed shall not exceed 15 per cent. For the purpose of this provision, the term "earnings" means the profits attributable to such permanent establishment in Canada in accordance with Article 7 in a year and previous years after deducting therefrom:

(a) all taxes chargeable in Canada on such profits, other than the additional tax referred to herein, and

(b) the profits reinvested in Canada, provided that the amount of such deduction shall be determined in accordance with the existing provisions of the law of Canada regarding the computation of the allowance in respect of investment in property in Canada, and any subsequent modification of those provisions which shall not affect the general principle hereof.

However, the term "earnings" does not include profits attributable to a permanent establishment in Canada of a company which is a resident of the Federal Republic of Germany earned in a year during which the business of the company was not carried on principally in Canada.

que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans cette hypothèse, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont, suivant les cas, applicables.

6. Lorsqu'une société est un résident d'un État contractant, l'autre État contractant dont la société n'est pas un résident ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre État ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre État, ni prélever aucun impôt, au titre de l'imposition des bénéfices non distribués, sur les bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre État.

7. Nonobstant toute disposition du présent Accord, le Canada peut percevoir sur les revenus d'une société imputables à un établissement stable au Canada, un impôt qui s'ajoute à l'impôt qui serait applicable aux revenus d'une société constituée au Canada, pourvu que le taux dudit impôt additionnel ainsi établi n'excède pas 15 p. 100. Au sens de cette disposition, le terme «revenus» désigne les bénéfices imputables à un tel établissement stable situé au Canada conformément à l'article 7, pour l'année et pour les années antérieures, après en avoir déduit:

a) tous les impôts applicables au Canada auxdits bénéfices, autres que l'impôt additionnel visé au présent paragraphe, et

b) les bénéfices réinvestis au Canada, étant entendu que le montant de cette déduction est établi conformément aux dispositions existantes de la législation du Canada concernant le calcul de l'allocation relativement aux investissements dans des biens situés au Canada, et de toute modification ultérieure de ces dispositions qui n'en affecterait pas le principe général.

Cependant, le terme «revenus» ne comprend pas les bénéfices imputables à un établissement stable situé au Canada d'une société qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne et qui ont été obtenus durant une année pendant laquelle l'activité de la société n'était pas exercée principalement au Canada.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; stehen jedoch die Zinsen einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person zu, so darf diese Steuer 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, der die Zinsen zustehen, nur in dem anderen Staat besteuert werden, soweit die Zinsen

a) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Ausrüstungen oder Waren für einen Kredit von dem kaufenden Unternehmen an das veräußernde Unternehmen gezahlt werden, außer bei Geschäften zwischen verbundenen Unternehmen;

b) für Schuldverschreibungen oder ähnliche Verpflichtungen der Regierung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften gezahlt werden;

c) an die kanadische Export Development Corporation oder die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit gezahlt werden oder

d) an die Regierung eines Vertragsstaats oder eines seiner Länder oder an eine ihrer Gebietskörperschaften oder an die Zentralbank eines Vertragsstaats gezahlt werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Schuldverschreibungen einschließlich des damit verbundenen Aufgelds und der Gewinne aus Losanleihen sowie Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Zinsen" umfaßt jedoch nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(5) Absatz 2 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem

Article 11

Interest

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such interest may be taxed in the Contracting State in which it arises, and according to the law of that State; but, where a resident of the other Contracting State is the beneficial owner of the interest, the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the interest.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State who is the beneficial owner thereof shall be taxable only in that other State to the extent that such interest:

(a) is paid in connection with the sale on credit of any equipment or merchandise by the purchasing enterprise to the selling enterprise, except where the sale is made between associated enterprises;

(b) is paid in respect of a bond, debenture or similar obligation of the government of a Contracting State or of a "Land", or political subdivision or local authority thereof;

(c) is paid to the Canadian Export Development Corporation or to the German "Kreditanstalt für Wiederaufbau" or the "Deutsche Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit"; or

(d) is paid to the government of a Contracting State or of a "Land", or political subdivision thereof, or to the central bank of a Contracting State.

4. The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage, and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to bonds or debentures, as well as income assimilated to income from money lent by the taxation law of the State in which the income arises. However, the term "interest" does not include income dealt with in Article 10.

5. The provisions of paragraph 2 shall not apply if the recipient of the interest, being a resident of a Con-

Article 11

Intérêts

1. Les intérêts provenant d'un État contractant et payés à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Toutefois, ces intérêts peuvent être imposés dans l'État contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet État; cependant, lorsqu'un résident de l'autre État contractant en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 p. 100 du montant brut des intérêts.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, les intérêts provenant d'un État contractant et payés à un résident de l'autre État contractant qui en est le bénéficiaire effectif, ne sont imposables que dans cet autre État dans la mesure où ces intérêts:

a) sont payés par l'entreprise acheteuse à l'entreprise vendeuse en liaison avec la vente à crédit d'un équipement ou de marchandises quelconques, sauf lorsque la vente a lieu entre des entreprises associées;

b) sont payés au titre d'une obligation, d'un billet, d'un bon ou d'un autre titre analogue du gouvernement d'un État contractant ou d'un «Land», ou de l'une de leurs subdivisions politiques ou collectivités locales;

c) sont payés à la Société canadienne pour l'expansion des exportations ou à la «Kreditanstalt für Wiederaufbau» allemande ou à la «Deutsche Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit»; ou

d) sont payés au gouvernement d'un État contractant ou d'un «Land», ou de l'une de leurs subdivisions politiques, ou à la banque centrale d'un État contractant.

4. Le terme «intérêts» employé dans le présent article désigne les revenus des créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur, et notamment les revenus des fonds publics et des obligations d'emprunt, y compris les primes et lots attachés à ces titres, ainsi que tous autres produits assimilés aux revenus de sommes prêtées par la législation fiscale de l'État d'où proviennent les revenus. Toutefois le terme «intérêts» ne comprend pas les revenus visés à l'article 10.

5. Les dispositions du paragraphe 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des intérêts, résident d'un

anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine freiberufliche Tätigkeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt, sofern die Forderung, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist je nachdem Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für welche die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder festen Einrichtung eingegangen und trägt die Betriebstätte oder feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; stehen jedoch die Lizenzgebühren einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person zu, so darf diese Steuer 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können Lizenzgebühren für Urheberrechte und andere ähnliche Zahlungen für die Schaffung oder die Vervielfäl-

tracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State professional services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such a case, the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

6. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a "Land", a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and that interest is borne by that permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

7. Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12

Royalties

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State; but, where a resident of the other Contracting State is the beneficial owner of the royalties, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, copyright royalties and other like payments in respect of the production or reproduction of any

État contractant, exerce, dans l'autre État contractant d'où proviennent les intérêts, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts s'y rattache effectivement. Dans cette hypothèse, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont, suivant les cas, applicables.

6. Les intérêts sont considérés comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur est cet État luimême, un «Land», une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe pour lequel l'emprunt générateur des intérêts a été contracté et qui supporte la charge de ceux-ci, ces intérêts sont réputés provenir de l'État contractant où l'établissement stable ou la base fixe est situé.

7. Si, par suite de relations spéciales existant entre le débiteur et le créancier ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des intérêts payés, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont versés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chaque État contractant et compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 12

Redevances

1. Les redevances provenant d'un État contractant et payées à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Toutefois, ces redevances peuvent être imposées dans l'État contractant d'où elles proviennent et selon la législation de cet État; cependant, lorsqu'un résident de l'autre État contractant en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 p. 100 du montant brut des redevances.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, les redevances à titre de droits d'auteurs et autres rémunérations similaires concernant la pro-

tigung literarischer, dramaturgischer, musikalischer oder künstlerischer Werke (ausgenommen jedoch Lizenzgebühren für kinematographische Filme und Filme oder Bildbandaufzeichnungen von Werken für das Fernsehen), die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, der sie zustehen, nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten, Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden; er schließt Vergütungen jeder Art für kinematographische Filme sowie Filme und Bildbandaufzeichnungen von Werken für das Fernsehen ein.

(5) Die Absätze 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine freiberufliche Tätigkeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt, sofern die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist je nachdem Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(6) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte oder festen Einrichtung eingegangen und trägt die Betriebstätte oder feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten beson-

literary, dramatic, musical or artistic work (but not including royalties in respect of motion picture films and works on film or videotape for use in connection with television) arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State who is the beneficial owner thereof, shall be taxable only in that other State.

4. The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright, patent, trademark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience, and includes payments of any kind in respect of motion picture films and works on film or videotape for use in connection with television.

5. The provisions of paragraphs 2 and 3 shall not apply if the recipient of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State professional services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such a case, the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

6. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a "Land", a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the obligation to pay the royalties was incurred, and those royalties are borne by that permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

7. Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them

duction ou la reproduction d'une œuvre littéraire, dramatique, musicale ou artistique (à l'exclusion des redevances concernant les films cinématographiques et les œuvres enregistrées sur films ou bandes magnétoscopiques destinés à la télévision) provenant d'un État contractant et payées à un résident de l'autre État contractant qui en est le bénéficiaire effectif, ne sont imposables que dans cet autre État.

4. Le terme «redevances» employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique et pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique; ce terme comprend aussi les rémunérations de toute nature concernant les films cinématographiques et les œuvres enregistrées sur films et bandes magnétoscopiques destinés à la télévision.

5. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des redevances, résident d'un État contractant exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les redevances soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des redevances s'y rattache effectivement. Dans cette hypothèse, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont, suivant les cas, applicables.

6. Les redevances sont considérées comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur est cet État lui-même, un «Land», une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe pour lequel le contrat donnant lieu au paiement des redevances a été conclu et qui supporte la charge de celles-ci, ces redevances sont réputées provenir de l'État contractant où l'établissement stable ou la base fixe est situé.

7. Si, par suite de relations spéciales existant entre le débiteur et le créancier ou que l'un et l'autre entretien-

dere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

and some other person, the amount of the royalties paid, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

nent avec de tierces personnes, le montant des redevances payées, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont versées, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chaque État contractant et compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung im internationalen Verkehr betriebener Seeschiffe und Luftfahrzeuge und beweglichen Vermögens, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen nach Artikel 22 Absatz 3 besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung

a) von Anteilen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft,
b) von Rechten an einem in einem Vertragsstaat ansässigen Trust oder
c) einer Beteiligung an einer Personengesellschaft eines Vertragsstaats,

deren Vermögen überwiegend aus in diesem Vertragsstaat gelegenem unbeweglichem Vermögen besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

Für die Zwecke dieses Absatzes umfaßt der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" keine Grundstücke — mit Ausnahme von Miethäusern —, in denen die Tätigkeit der Gesellschaft oder des Trusts ausgeübt wird.

Article 13

Gains from the Alienation of Property

1. Gains from the alienation of immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing professional services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or together with the whole enterprise) or of such a fixed base may be taxed in the other State. However, gains from the alienation of ships and aircraft operated in international traffic and movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which such property is taxable according to paragraph 3 of Article 22.

3. Gains from the alienation of

(a) shares of a company which is a resident of a Contracting State,
(b) an interest in a trust which is a resident of a Contracting State, or
(c) an interest in a partnership of a Contracting State,

the property of which consists principally of immovable property situated in that Contracting State, may be taxed in that State.

For the purposes of this paragraph, the term "immovable property" shall not include property, other than rental property, in which the business of the company, partnership or trust is carried on.

Article 13

Gains provenant de l'aliénation de biens

1. Les gains provenant de l'aliénation des biens immobiliers, tels qu'ils sont définis au paragraphe 2 de l'article 6, sont imposables dans l'État contractant où ces biens sont situés.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant, ou de biens mobiliers constitutifs d'une base fixe dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession libérale, y compris de tels gains provenant de l'aliénation globale de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre État. Toutefois, les gains provenant de l'aliénation de navires et d'aéronefs exploités en trafic international ainsi que de biens mobiliers affectés à l'exploitation de tels navires ou aéronefs ne sont imposables que dans l'État contractant où ces biens sont imposables en vertu de l'article 22, paragraphe 3.

3. Les gains provenant de l'aliénation

a) d'actions d'une société qui est un résident d'un État contractant,
b) d'une participation dans une fiducie (trust) qui est un résident d'un État contractant, ou
c) d'une participation dans une société de personnes (partnership) d'un État contractant,

dont les biens sont constitués principalement de biens immobiliers situés dans un État contractant, sont imposables dans cet État.

Au sens du présent paragraphe, l'expression «biens immobiliers» ne comprend pas les biens, autres que les biens locatifs, dans lesquels la société, la société de personnes (partnership) ou la fiducie (trust) exerce son activité.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Für eine natürliche Person, die in einem Vertragsstaat ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, gilt folgendes:

a) Absatz 4 berührt nicht das Recht eines jeden Vertragsstaats, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen zu besteuern, die diese Person zu irgendeinem Zeitpunkt während der ersten zehn Jahre nach dem Tag bezieht, von dem ab sie nicht mehr im erstgenannten Staat ansässig ist.

b) Der andere Vertragsstaat berechnet die Gewinne aus der Veräußerung von Aktien oder sonstigen Rechten an einer Gesellschaft, die zu einer wesentlichen Beteiligung gehören, unter Zugrundelegung des Wertes oder der Kosten dieser Aktien oder Rechte an dem Tag, von dem ab die natürliche Person nicht mehr im erstgenannten Staat ansässig ist, vorausgesetzt, der bis zu diesem Tag entstandene Vermögenszuwachs unterliegt im erstgenannten Staat der Besteuerung.

4. Gains from the alienation of any property, other than those mentioned in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

5. In the case of an individual who has been a resident of a Contracting State and who has become a resident of the other Contracting State:

(a) the provisions of paragraph 4 shall not affect the right of either of the Contracting States to levy, according to its law, a tax on gains from the alienation of any property derived by such individual at any time during the ten years following the date on which he has ceased to be a resident of the first-mentioned State;

(b) the other Contracting State shall calculate the gains from the alienation of shares or other rights in a company forming part of a substantial interest on the basis of the value or cost base of such shares or rights on the date on which the individual has ceased to be a resident of the first-mentioned State provided that the gain accrued up to this date is taxable in that first-mentioned State.

4. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux qui sont mentionnés aux paragraphes 1, 2 et 3 ne sont imposables que dans l'État contractant dont le cédant est un résident.

5. Dans le cas d'une personne physique qui a été un résident d'un État contractant et qui est devenu un résident de l'autre État contractant:

a) la disposition du paragraphe 4 ne porte pas atteinte au droit de chacun des États contractants de percevoir, conformément à sa législation, un impôt sur les gains provenant de l'aliénation d'un bien et obtenus par cette personne physique à un moment quelconque au cours des dix années suivant la date à laquelle il a cessé d'être un résident du premier État;

b) l'autre État contractant doit calculer les gains provenant de l'aliénation d'actions ou d'autres parts dans une société faisant partie d'une participation substantielle, sur la base de la valeur ou du prix de base de ces actions ou parts à la date à laquelle la personne physique a cessé d'être un résident du premier État, pourvu que le gain accumulé à cette date soit imposable dans ce premier État.

Artikel 14

Freier Beruf

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und der Angehörigen der wirtschaftsberatenden Berufe.

Article 14

Professional Services

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other independent activities of a similar character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other Contracting State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

2. The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 14

Professions libérales

1. Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités indépendantes de caractère analogue ne sont imposables que dans cet État, à moins que ce résident ne dispose de façon habituelle dans l'autre État contractant d'une base fixe pour l'exercice de ses activités. S'il dispose d'une telle base, les revenus sont imposables dans l'autre État mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables à ladite base fixe.

2. L'expression «professions libérales» comprend en particulier les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht,

Article 15

Dependent Personal Services

1. Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment

Article 15

Professions dépendantes

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi

nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält,

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die Künstler wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Fließen die Einkünfte aus der von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht diesem selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Ver-

shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if

(a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and

(b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

(c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State, shall be taxable only in that State.

Article 16

Directors' Fees

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State, may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and Athletes

1. Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by entertainers, such as theatre, motion picture, radio or television artistes, and musicians, and by athletes, from their personal activities as such may be taxed in the Contracting State in which these activities are exercised.

2. Where income in respect of personal activities as such of an entertainer or athlete accrues not to that entertainer or athlete himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the

salarié ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre État contractant. Si l'emploi y est exercé, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre État.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre État contractant ne sont imposables que dans le premier État si:

a) le bénéficiaire séjourne dans l'autre État pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année fiscale considérée;

b) les rémunérations sont payées par un employeur ou au nom d'un employeur qui n'est pas résident de l'autre État; et

c) la charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre État.

3. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international par une entreprise d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

Article 16

Tantièmes

Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance d'une société qui est un résident de l'autre État contractant, sont imposables dans cet autre État.

Article 17

Artistes et sportifs

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus que les artistes du spectacle, tels les artistes de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision et les musiciens, ainsi que les sportifs, retirent de leurs activités personnelles en cette qualité sont imposables dans l'État contractant où ces activités sont exercées.

2. Lorsque le revenu d'activités exercées personnellement par un artiste du spectacle ou un sportif est attribué à une autre personne que l'artiste ou le sportif lui-même, il peut, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, être imposé dans

tragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Absatz 2 findet keine Anwendung, wenn nachgewiesen wird, daß weder der Künstler oder Sportler noch eine mit ihm verbundene Person unmittelbar oder mittelbar am Gewinn der in Absatz 2 erwähnten Person beteiligt ist.

Artikel 18

Ruhebezüge, Renten und ähnliche Zahlungen

(1) Regelmäßig wiederkehrende oder nicht wiederkehrende Ruhebezüge sowie ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, sie werden aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats bezogen und für eine in dem anderen Staat ausgeübte Tätigkeit oder für in dem anderen Staat oder zu dessen Gunsten erbrachte Leistungen gezahlt. Im letzteren Fall können die Ruhebezüge und die sonstigen Vergütungen in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, sie werden aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats bezogen. Im letzteren Fall können sie in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden. Der Ausdruck „Renten" bedeutet bestimmte Beträge, die regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten auf Lebenszeit oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts auf Grund einer Verpflichtung zu zahlen sind, die diese Zahlungen als Gegenleistung für bereits in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistungen vorsieht.

(3) Ungeachtet der übrigen Bestimmungen dieses Abkommens gilt folgendes:

a) Ruhebezüge und sonstige Vergütungen, die auf Grund des Pension Act, The Civilian War Pensions and Allowances Act oder des War Veterans Allowances Act aus Kanada bezogen werden, können nur in Kanada besteuert werden.

b) Regelmäßig wiederkehrende oder nicht wiederkehrende Zahlungen, die die Bundesrepublik Deutschland, eines ihrer Länder oder eines ihrer staatlichen Organe als Vergütung für einen Schaden leistet, der als Folge von Kriegshandlungen oder früherer politischer Verfolgung entstanden ist, können nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden.

c) Regelmäßig wiederkehrende oder nicht wiederkehrende Bezüge aus der Sozialversicherung und ähn-

Contracting State in which the activities of the entertainer or athlete are exercised.

3. The provisions of paragraph 2 shall not apply if it is established that neither the entertainer or the athlete nor persons related thereto, participate directly or indirectly in the profits of the person referred to in that paragraph.

Article 18

Pensions, Annuities and Similar Payments

1. Periodic or non-periodic pensions and other similar allowances derived by a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State unless they are derived from sources within the other Contracting State and paid in respect of activities exercised in that other State or in respect of services rendered in, or to, that other State. If they are so derived, such pensions or allowances may be taxed in that other Contracting State.

2. Annuities derived by a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State unless they are derived from sources within the other Contracting State. If they are so derived, such annuities may be taxed in that other Contracting State. The term "annuities" means stated sums payable periodically at stated times, during life or during a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth.

3. Notwithstanding any provision in this Agreement:

(a) pensions and allowances received from Canada under the Pension Act, The Civilian War Pensions and Allowances Act or the War Veterans Allowances Act shall be taxable only in Canada;

(b) Periodic or non-periodic payments received from the Federal Republic of Germany, or a "Land" or a governmental instrumentality thereof as compensation for an injury or damage sustained as a result of hostilities or past political persecution shall be taxable only in the Federal Republic of Germany;

(c) Periodic or non-periodic social security pensions and other similar allowances received from a Con-

l'État contractant où sont exercées les activités de l'artiste ou du sportif.

3. La disposition du paragraphe 2 ne s'applique pas s'il est établi que ni l'artiste du spectacle ou le sportif, ni des personnes qui lui sont associées, ne participent directement ou indirectement aux bénéfices de la personne visée audit paragraphe.

Article 18

Pensions, rentes et paiements similaires

1. Les pensions et autres allocations similaires, périodiques ou non, reçues par un résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État, à moins qu'elles ne proviennent de sources situées dans l'autre État contractant et qu'elles ne soient payées au titre d'activités exercées dans cet autre État ou au titre de services rendus dans, ou à cet autre État. Si lesdites pensions ou allocations sont reçues dans de telles conditions, elles peuvent être imposées dans cet autre État contractant.

2. Les rentes reçues par un résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État, à moins qu'elles ne proviennent de sources situées dans l'autre État contractant. Si lesdites rentes sont reçues dans de telles conditions, elles peuvent être imposées dans cet autre État contractant. Le terme «rentes» désigne toute somme déterminée payable périodiquement à échéances fixes, à titre viager ou pendant une période déterminée ou qui peut l'être, en vertu d'un engagement d'effectuer les paiements en échange d'une contrepartie pleine et suffisante versée en argent ou évaluable en argent.

3. Nonobstant toute disposition du présent Accord,

a) les pensions et allocations reçues du Canada en vertu de la Loi sur les pensions, la Loi sur les pensions et allocations de guerre pour les civils ou la Loi sur les allocations aux anciens combattants, ne sont imposables qu'au Canada;

b) les paiements, périodiques ou non, reçus de la République fédérale d'Allemagne, de l'un de ses «Laender» ou d'une personne morale ressortissant à son droit public, en réparation de blessures ou de dommages subis du fait des hostilités ou des persécutions politiques passées, ne sont imposables qu'en République fédérale d'Allemagne;

c) les pensions de sécurité sociale et les autres allocations similaires, périodiques ou non, reçues d'un

liche Vergütungen, die ein Vertragsstaat, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eines ihrer staatlichen Organe zahlt, können nur in diesem Staat besteuert werden.

d) Unterhaltszahlungen und ähnliche Vergütungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

tracting State, a "Land", political subdivision, a local authority or a governmental instrumentality thereof, shall be taxable only in that State;

(d) Alimony or similar allowances arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

État contractant ou d'un «Land», ou de l'une de leurs subdivisions politiques ou collectivités locales, ou d'une personne morale ressortissant à son droit public, ne sont imposables que dans cet État;

d) les pensions alimentaires ou les allocations similaires provenant d'un État contractant et payées à un résident de l'autre État contractant, ne sont imposables que dans cet autre État.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1) a) Vergütungen, die keine Ruhebezüge sind und die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft erbrachten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Vergütungen können jedoch nur in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat erbracht werden und der Empfänger eine in dem anderen Staat ansässige Person ist und

i) Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) in diesem Staat nicht lediglich zur Erbringung der Dienste ansässig ist.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden.

Article 19

Government Service

1. (a) Remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State, a "Land", a political subdivision or a local authority thereof to any individual in respect of services rendered to that State, "Land", subdivision or local authority thereof shall be taxable only in that State.

(b) However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the recipient is a resident of that other Contracting State who:

(i) is a national of that State; or

(ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of performing the services.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to remuneration in respect of services rendered in connection with any trade or business carried on by a Contracting State, a "Land", or a political subdivision or a local authority thereof.

Article 19

Fonctions publiques

1. a) Les rémunérations, autres que les pensions, versées par un État contractant ou un «Land», ou l'une de leurs subdivisions politiques ou collectivités locales à une personne physique, au titre de services rendus à cet État ou «Land», ou à cette subdivision ou collectivité, ne sont imposables que dans cet État.

b) Toutefois, ces rémunérations ne sont imposables que dans l'autre État contractant si les services sont rendus dans cet État et si le bénéficiaire de la rémunération est un résident de cet autre État qui:

(i) possède la nationalité dudit État ou

(ii) n'est pas devenu un résident dudit État à seules fins de rendre les services.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux rémunérations versées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité commerciale ou industrielle exercée par un État contractant ou un «Land», ou l'une de leurs subdivisions politiques ou collectivités locales.

Artikel 20

Studenten

Zahlungen, die ein Student, ein Lehrling oder ein anderer in beruflicher Ausbildung Stehender (einschließlich eines Volontärs und eines Praktikanten), der eine in einem Vertragsstaat ansässige Person ist oder, unmittelbar bevor er sich in den anderen Vertragsstaat begab, eine solche Person war, und der sich in dem anderen Staat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, können in dem anderen Staat nicht besteuert werden, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates zufließen.

Article 20

Students

Payments which a student, apprentice or business trainee (including a "Volontär" or a "Praktikant") who is or was, immediately before visiting one of the Contracting States, a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned Contracting State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that first-mentioned State, provided that such payments are made to him from sources outside that State.

Article 20

Étudiants

Les sommes qu'un étudiant, un stagiaire ou un apprenti (y compris un «Volontär» ou un «Praktikant») qui est, ou qui était immédiatement avant de venir séjourner dans un État contractant, un résident de l'autre État contractant et qui séjourne dans le premier État à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation, reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans le premier État, à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet État.

Artikel 21

Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

(1) Die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden; werden die Einkünfte jedoch aus Quellen innerhalb des anderen Vertragsstaats bezogen, so können sie auch in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Einkünfte in dem anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine freiberufliche Tätigkeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt, sofern die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist je nachdem Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

Article 21

Income not Expressly Mentioned

1. Items of income of a resident of a Contracting State which are not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that Contracting State except that, if such income is derived from sources within the other Contracting State, it may also be taxed in that other State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the recipient of the income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State professional services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such a case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 21

Revenus non expressément mentionnés

1. Les éléments du revenu d'un résident d'un État contractant dont il n'est pas traité dans les articles précédents du présent Accord ne sont imposables que dans cet État contractant, étant entendu que s'ils proviennent de sources situées dans l'autre État contractant, lesdits éléments peuvent être imposés dans cet autre État.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire du revenu, résident d'un État contractant exerce dans l'autre État contractant soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession libérale au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur du revenu s'y rattache effectivement. Dans cette hypothèse, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont, suivant les cas, applicables.

Artikel 22

Besteuerung des Vermögens

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Article 22

Taxation of Capital

1. Capital represented by immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment of an enterprise, or by movable property pertaining to a fixed base used for the performance of professional services, may be taxed in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

3. Ships and aircraft operated in international traffic and movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 22

Imposition de la fortune

1. La fortune constituée par des biens immobiliers, tels qu'ils sont définis au paragraphe 2 de l'article 6, est imposable dans l'État contractant où ces biens sont situés.

2. La fortune constituée par des biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable d'une entreprise ou par des biens mobiliers constitutifs d'une base fixe servant à l'exercice d'une profession libérale est imposable dans l'État contractant où est situé l'établissement stable ou la base fixe.

3. Les navires et les aéronefs exploités en trafic international ainsi que les biens mobiliers affectés à leur exploitation ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de la direction effective de l'entreprise est situé.

4. Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

Artikel 23

Beseitigung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in Kanada ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Unter Beachtung der gegenwärtig geltenden kanadischen Rechtsvorschriften über den Abzug der au-

Article 23

Relief from Double Taxation

1. In the case of a resident of Canada, double taxation shall be avoided as follows:

(a) Subject to the existing provisions of the law of Canada regarding the deduction from tax payable in

Article 23

Suppression de la double imposition

1. En ce qui concerne les résidents du Canada, la double imposition est évitée de la façon suivante:

a) Sous réserve des dispositions existantes de la législation canadienne concernant l'imputation de l'impôt

ßerhalb Kanadas gezahlten Steuer von der kanadischen Steuer und etwaiger späterer Änderungen dieser Vorschriften, die den allgemeinen Grundsatz hiervon nicht berühren, und sofern das kanadische Recht keinen höheren Abzugsbetrag oder keine weitergehende Befreiung vorsieht, wird die deutsche Steuer (ausgenommen die Vermögensteuer und der Teil der Gewerbesteuer, der nicht nach dem Ertrag berechnet wird), die in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von dem aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Gewinn oder Einkommen zu zahlen ist, von der auf diesen Gewinn oder dieses Einkommen entfallenden kanadischen Steuer abgezogen.

b) Unter Beachtung der gegenwärtig geltenden kanadischen Rechtsvorschriften über die Ermittlung des steuerfreien Überschusses einer ausländischen Tochtergesellschaft und etwaiger späterer Änderungen dieser Vorschriften, die den allgemeinen Grundsatz hiervon nicht berühren, ist es einer in Kanada ansässigen Gesellschaft für die Zwecke der Ermittlung der kanadischen Steuer gestattet, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens alle Dividenden abzuziehen, die sie aus dem steuerfreien Überschuß einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen ausländischen Tochtergesellschaft bezogen hat.

(2) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Unter Beachtung der Buchstaben b, c und d werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus Quellen innerhalb Kanadas und die in Kanada gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach den vorstehenden Artikeln in Kanada besteuert werden können oder nur dort besteuert werden können; die Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt aber bei der Festsetzung des Steuersatzes für die nicht so ausgenommenen Einkünfte oder Vermögenswerte die Einkünfte und Vermögenswerte, die nach den vorstehenden Artikeln in Kanada besteuert werden können.

b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die kanadische Steuer (einschließlich der an eine kanadische Gebietskörperschaft gezahlten Steuern vom Einkommen) angerechnet, die in Überein-

Canada of tax paid in a territory outside Canada and to any subsequent modification of those provisions, which shall not affect the general principle hereof, and unless a greater deduction or relief is provided under the laws of Canada, German tax (other than capital tax and that portion of the trade tax computed on a basis other than income) payable in accordance with this Agreement on profits, income or gains arising in the Federal Republic of Germany shall be deducted from any Canadian tax payable in respect of such profits, income or gains.

(b) Subject to the existing provisions of the law of Canada regarding the determination of the exempt surplus of a foreign affiliate and to any subsequent modification of those provisions, which shall not affect the general principle hereof, for the purpose of computing Canadian tax a company resident in Canada shall be allowed to deduct in computing its taxable income any dividend received by it out of the exempt surplus of a foreign affiliate resident in the Federal Republic of Germany.

2. In the case of a resident of the Federal Republic of Germany, double taxation shall be avoided as follows:

(a) Subject to the provisions of subparagraphs (b), (c) and (d), there shall be excluded from the basis upon which German tax is imposed, any item of income from sources within Canada and any item of capital situated within Canada, which according to the foregoing Articles of this Agreement may be taxed, or shall be taxable only, in Canada; in the determination of its rate of tax applicable to any item of income or capital not so excluded, the Federal Republic of Germany will, however, take into account the items of income and capital, which according to the foregoing Articles may be taxed in Canada.

(b) There shall be allowed as a credit against German tax on income, subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, the Canadian tax (including taxes on income paid to any political subdivision or local authority in Canada) paid in accordance with this Agreement on

payé dans un territoire en dehors du Canada sur l'impôt canadien payable et de toute modification ultérieure de ces dispositions qui n'en affecterait pas le principe général, et sans préjudice d'une déduction ou d'un dégrèvement plus important prévu par la législation canadienne, l'impôt allemand (autre que l'impôt sur la fortune et la partie de la contribution des patentes calculée sur une autre base que le revenu) dû conformément au présent Accord à raison de bénéfices, revenus ou gains provenant de la République fédérale d'Allemagne est porté en déduction de tout impôt canadien dû à raison des mêmes bénéfices, revenus, ou gains.

b) Sous réserve des dispositions existantes de la législation canadienne concernant la détermination du surplus exonéré d'une corporation étrangère affiliée et de toute modification ultérieure de ces dispositions qui n'en affecterait pas le principe général, une société résidente au Canada peut, aux fins de l'impôt canadien, déduire lors du calcul de son revenu imposable tout dividende reçu qui provient du surplus exonéré d'une corporation étrangère affiliée résidente de la République fédérale d'Allemagne.

2. En ce qui concerne les résidents de la République fédérale d'Allemagne, la double imposition est évitée de la façon suivante:

a) Sous réserve des dispositions des alinéas b), c) et d), sont exclus de le base de l'imposition allemande les revenus provenant du Canada et les éléments de la fortune situés au Canada qui, en vertu des articles précédents du présent Accord, peuvent être ou sont uniquement imposables au Canada; toutefois, lors de la détermination du taux de ses impôts applicable aux revenus ou aux éléments de la fortune qui ne sont pas exclus, la République fédérale d'Allemagne tiendra compte des revenus et des éléments de la fortune qui, en vertu des articles précédents, sont imposables au Canada.

b) Sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande concernant l'imputation de l'impôt étranger, l'impôt canadien (y compris les impôts sur le revenu payés à une subdivision politique ou à une collectivité locale du Canada) payé conformément au présent Accord sur les revenus suivants pro-

stimmung mit diesem Abkommen von den nachstehenden Einkünften aus Kanada gezahlt worden ist:

i) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6, es sei denn, das unbewegliche Vermögen gehört zu einer in Kanada gelegenen Betriebstätte und dient dem Handel mit Ausrüstungsgegenständen und sonstigen Gütern oder Waren, der Herstellung, der Be- oder Verarbeitung oder der Montage von Ausrüstungsgegenständen und sonstigen Gütern oder Waren, der Erschließung und Ausbeutung von Mineralvorkommen, dem Bank- oder Versicherungsgeschäft oder der Erbringung von Dienstleistungen;

ii) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 4, die nicht unter Buchstabe d fallen;

iii) Zinsen im Sinne des Artikels 11 Absatz 4 und Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12 Absatz 4;

iv) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens, auf das Ziffer i Anwendung findet, und Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, die nach Artikel 13 Absätze 3 und 5 Buchstabe a in Kanada besteuert werden können;

v) Einkünfte im Sinne der Artikel 16 und 17;

vi) Ruhegehälter und Renten im Sinne des Artikels 18 Absätze 1 und 2;

vii) Einkünfte, die nach Artikel 21 Absatz 1 in Kanada besteuert werden können.

c) In bezug auf die deutsche Vermögensteuer gilt Buchstabe a nicht für unbewegliches Vermögen, auf das Buchstabe b Ziffer i Anwendung findet.

d) Buchstabe a gilt für Dividenden, die eine in Kanada ansässige Gesellschaft an eine in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaft zahlt, wenn diese Gesellschaft bei Nichtbestehen dieses Abkommens nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland Anspruch auf Anrechnung der kanadischen Steuer hätte, die die ausschüttende Gesellschaft für die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden, zu entrichten hat. Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorhergehenden Satz von der Be-

the following items of income arising in Canada:

(i) income from immovable property within the meaning of Article 6, unless such immovable property, forming part of a permanent establishment in Canada, is used for the purposes of trading, of manufacturing, processing or assembling equipment, goods or merchandise, of exploring and exploiting mineral resources, of a banking or insurance business or the performing of services;

(ii) dividends within the meaning of Article 10, paragraph 4, and not dealt with in sub-paragraph (d) below;

(iii) interest within the meaning of Article 11, paragraph 4, and royalties within the meaning of Article 12, paragraph 4;

(iv) gains from the alienation of immovable property to which clause (i) applies and gains from the alienation of property taxable in Canada in accordance with Article 13, paragraphs 3 and 5 (a);

(v) income within the meaning of Articles 16 and 17;

(vi) pensions and annuities within the meaning of Article 18, paragraphs 1 and 2;

(vii) income taxable in Canada in accordance with Article 21, paragraph 1.

(c) With regard to German capital tax, the provisions of sub-paragraph (a) shall not apply to immovable property to which clause (i) of sub-paragraph (b) applies.

(d) The provisions of sub-paragraph (a) shall apply to dividends paid to a company limited by shares (Kapitalgesellschaft) which is subjected to unlimited tax liability in the Federal Republic of Germany by a company which is a resident of Canada, provided that such company, but for the provisions of this Agreement, would be entitled under the law of the Federal Republic of Germany to a credit for Canadian tax payable by the company paying the dividends in respect of the profits out of which such dividends are paid. There shall also be excluded from the basis upon which German tax is imposed, any holding in respect

venant du Canada, est imputé sur l'impôt allemand sur le revenu:

(i) les revenus provenant de biens immobiliers au sens de l'article 6, à moins que lesdits biens immobiliers faisant partie d'un établissement stable au Canada ne soient utilisés aux fins d'un commerce, de la fabrication, transformation ou assemblage d'équipement ou de marchandises, d'exploration ou exploitation de ressources minérales, d'une entreprise bancaire ou d'assurances ou de la fourniture de services;

(ii) les dividendes au sens de l'article 10, paragraphe 4, et dont il n'est pas traité à l'alinéa d) ci-dessous;

(iii) les intérêts au sens de l'article 11, paragraphe 4, et les redevances au sens de l'article 12, paragraphe 4;

(iv) les gains provenant de l'aliénation des biens immobiliers auxquels la disposition (i) s'applique et ceux provenant de l'aliénation des biens imposables au Canada conformément à l'article 13, paragraphes 3 et 5 a);

(v) les revenus au sens des articles 16 et 17;

(vi) les pensions et les rentes au sens de l'article 18, paragraphes 1 et 2;

(vii) les revenus imposables au Canada conformément à l'article 21, paragraphe 1.

c) En ce qui concerne l'impôt allemand sur la fortune, les dispositions de l'alinéa a) ne s'appliquent pas aux biens immobiliers auxquels la disposition (i) de l'alinéa b) s'applique.

d) Les dispositions de l'alinéa a) s'appliquent aux dividendes payés par une société qui est un résident du Canada à une société par actions (Kapitalgesellschaft) pleinement imposable en République fédérale d'Allemagne, pourvu qu'en l'absence des dispositions du présent Accord cette société ait droit, conformément à la législation de la République fédérale d'Allemagne, à l'imputation de l'impôt canadien dû par la société qui paie les dividendes à raison des bénéfices qui servent au paiement des dividendes. Est également exclue de la base de l'imposition allemande toute participation génératrice de dividendes qui sont exclus de la base

messungsgrundlage der deutschen Steuer ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

of which the dividends are excluded, or if paid would be excluded, from the basis of German tax according to the foregoing sentence.

de l'imposition allemande en vertu de la phrase précédente, ou qui le seraient en cas de paiement.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels wird davon ausgegangen, daß Gewinne oder Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in Übereinstimmung mit diesem Abkommen in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden, aus Quellen innerhalb des anderen Staates stammen.

3. For the purposes of this Article, profits, income or gains of a resident of a Contracting State which are taxed in the other Contracting State in accordance with this Agreement shall be deemed to arise from sources in that other State.

3. Pour l'application du présent article, les bénéfices, revenus ou gains d'un résident d'un État contractant ayant supporté l'impôt de l'autre État contractant conformément au présent Accord, sont considérés comme provenant de sources situées dans cet autre État.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen in dem anderen Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, welche die gleiche Tätigkeit ausüben.

(3) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer in einem dritten Staat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung" die Steuern, die unter dieses Abkommen fallen.

Article 24

Non-Discrimination

1. The nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirements connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, are or may be subjected.

2. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities.

3. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of a third State, are or may be subjected.

4. Nothing in this Article shall be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

5. In this Article, the term "taxation" means taxes which are the subject of this Agreement.

Article 24

Non-discrimination

1. Les nationaux d'un État contractant ne sont soumis dans l'autre État contractant à aucune imposition, ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujettis les nationaux de cet autre État se trouvant dans la même situation.

2. L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant n'est pas établie dans cet autre État d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre État qui exercent la même activité.

3. Les entreprises d'un État contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre État contractant, ne sont soumises dans le premier État contractant à aucune imposition, ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujetties les autres entreprises de même nature de ce premier État, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents d'un État tiers.

4. Aucune disposition du présent article ne peut être interprétée comme obligeant un État contractant à accorder aux résidents de l'autre État contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt en fonction de la situation ou des charges de famille qu'il accorde à ses propres résidents.

5. Le terme «imposition» désigne dans le présent article les impôts visés par le présent Accord.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Insbesondere können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren, um nach Möglichkeit eine Einigung zu erreichen über

a) eine übereinstimmende Zurechnung des Gewinns, der auf ein Unternehmen eines Vertragsstaats und auf seine im anderen Staat gelegene Betriebstätte entfällt, oder
b) eine übereinstimmende Aufteilung der Gewinne auf verbundene Unternehmen im Sinne des Artikels 9.

Erzielen die zuständigen Behörden eine Einigung, so können die Vertragsstaaten in Übereinstimmung damit diese Einkünfte besteuern und Steuern erstatten oder anrechnen.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Article 25

Mutual Agreement Procedure

1. Where a resident of a Contracting State considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with this Agreement, he may, notwithstanding the remedies provided by the national laws of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at an appropriate solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation not in accordance with the Agreement.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

4. In particular, the competent authorities of the Contracting States may consult together to endeavour to agree

(a) to the same attribution of profits to an enterprise of a Contracting State and to its permanent establishment situated in the other State; or
(b) to the same allocation of profits between associated enterprises as provided for in Article 9.

In the event that the competent authorities reach such an agreement taxes may be imposed on such income, and refund or credit of taxes may be allowed, by the Contracting States in accordance with such agreement.

5. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of applying the provisions of this Agreement.

Article 25

Procédure amiable

1. Lorsqu'un résident d'un État contractant estime que les mesures prises par un État contractant ou par chacun des deux États entraînent ou entraîneront pour lui une imposition non conforme au présent Accord, il peut, nonobstant les recours prévus par la législation nationale de ces États, présenter son cas à l'autorité compétente de l'État contractant dont il est un résident.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'apporter une solution satisfaisante, de régler la question par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre État contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à l'Accord.

3. Les autorités compétentes des États contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu l'interprétation ou l'application de l'Accord. Elles peuvent aussi se concerter en vue d'éviter la double imposition dans les cas non prévus par l'Accord.

4. En particulier, les autorités compétentes des États contractants peuvent se consulter en vue de parvenir à un accord:

a) pour que les bénéfices revenant à une entreprise d'un État contractant et à son établissement stable situé dans l'autre État soient imputés d'une manière identique;
b) pour que les bénéfices revenant à des entreprises associées visées à l'article 9 soient attribués d'une manière identique.

Dans l'éventualité où les autorités compétentes parviennent à un tel accord, les impôts peuvent être perçus sur ces revenus et un remboursement ou un crédit d'impôt peut être accordé par les États contractants conformément à cet accord.

5. Les autorités compétentes des États contractants peuvent communiquer directement entre elles pour l'application des dispositions du présent Accord.

Artikel 26

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die erforderlich sind zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts

Article 26

Exchange of Information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the carrying out of this Agreement or of the domestic laws of the Contract-

Article 26

Échange de renseignements

1. Les autorités compétentes des États contractants échangent les renseignements nécessaires pour appliquer les dispositions du présent Accord ou celles des lois internes des

der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung mit dem Abkommen in Einklang steht. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Diplomatische und konsularische Beamte

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen und konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

(2) Ungeachtet des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen, konsularischen oder ständigen Vertretung eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat ist, für die Zwecke dieses Abkommens als in dem Entsendestaat ansässig, wenn sie dort mit ihrem gesamten Welteinkommen wie in diesem Staat ansässige Personen zur Steuer herangezogen wird.

(3) Dieses Abkommen gilt nicht für internationale Organisationen, ihre Organe oder Beamten sowie nicht für Mitglieder einer diplomatischen, konsularischen oder ständigen Vertretung eines dritten Staates, die sich in einem Vertragsstaat aufhalten, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten mit ihrem gesamten Welteinkommen wie dort ansässige Personen zur Steuer herangezogen werden.

ing States concerning taxes covered by this Agreement insofar as the taxation thereunder is in accordance with this Agreement. Any information so exchanged shall be treated as secret and shall not be disclosed to any persons or authorities other than those concerned with the assessment or collection of the taxes which are the subject of this Agreement.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on one of the Contracting States the obligation:

(a) to carry out administrative measures at variance with the laws or the administrative practice of that or of the other Contracting State;

(b) to supply particulars which are not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

(c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 27

Diplomatic and Consular Officials

1. Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of diplomatic or consular officials under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

2. Notwithstanding Article 4 of this Agreement, an individual who is a member of a diplomatic, consular or permanent mission of a Contracting State which is situated in the other Contracting State or in a third State shall be deemed for the purposes of this Agreement to be a resident of the sending State if he is liable in the sending State to the same obligations in relation to tax on his total world income as are residents of the sending State.

3. This Agreement shall not apply to International Organizations, to organs or officials thereof and to persons who are members of a diplomatic, consular or permanent mission of a third State, being present in a Contracting State and who are not liable in either Contracting State to the same obligations in relation to tax on their total world income as are residents thereof.

États contractants relatives aux impôts visés par l'Accord dans la mesure où l'imposition qu'elles prévoient est conforme à l'Accord. Tout renseignement ainsi échangé sera tenu secret et ne pourra être communiqué qu'aux personnes ou autorités chargées de l'établissement ou du recouvrement des impôts visés par le présent Accord.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à l'un des États contractants l'obligation:

a) de prendre des dispositions administratives dérogeant à sa propre législation ou à sa pratique administrative ou à celles de l'autre État contractant;

b) de fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa propre législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre État contractant;

c) de transmettre des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

Article 27

Fonctionnaires diplomatiques et consulaires

1. Les dispositions du présent Accord ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les fonctionnaires diplomatiques ou consulaires en vertu soit des règles générales du droit des gens, soit des dispositions d'accords particuliers.

2. Nonobstant l'article 4 du présent Accord, une personne physique qui est membre d'une mission diplomatique, consulaire ou permanente d'un État contractant établie dans l'autre État contractant ou dans un État tiers est réputée, aux fins du présent Accord, être un résident de l'État d'envoi à condition d'y être soumise aux mêmes obligations, en matière d'impôts sur l'ensemble du revenu, que les résidents dudit État.

3. Le présent Accord ne s'applique pas aux organisations internationales, à leurs organes ou à leurs fonctionnaires, ni aux personnes qui sont membres d'une mission diplomatique, consulaire ou permanente d'un État tiers, lorsqu'ils se trouvent sur le territoire d'un État contractant et ne sont pas soumis dans l'un ou l'autre État contractant aux mêmes obligations, en matière d'impôts sur l'ensemble du revenu, que les résidents desdits États.

Artikel 28

Land Berlin

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Kanada innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 29

Verschiedenes

(1) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als beschränke es in irgendeiner Weise die Befreiung, den Abzug, die Anrechnung oder sonstige Vergünstigungen, die gegenwärtig oder künftig gewährt werden

a) nach dem Recht eines Vertragsstaats bei der Ermittlung der von diesem Vertragsstaat erhobenen Steuer oder

b) nach allen sonstigen von einem Vertragsstaat geschlossenen Übereinkünften.

(2) Es besteht Übereinstimmung darüber, daß dieses Abkommen nicht so auszulegen ist, als hindere es

a) Kanada, Beträge zu besteuern, die nach Section 91 des Canadian Income Tax Act zu den Einkünften einer in Kanada ansässigen Person hinzugerechnet werden;

b) die Bundesrepublik Deutschland, Beträge zu besteuern, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes zu den Einkünften einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person hinzugerechnet werden.

(3) Dieses Abkommen gilt nicht für Non-resident-owned Investment Corporations im Sinne der Section 133 des Canadian Income Tax Act oder sonstiger ähnlicher Rechtsvorschriften, die nach Unterzeichnung dieses Abkommens in Kanada erlassen werden; das Abkommen gilt ebenfalls nicht für die Einkünfte, die ein Anteilseigner solcher Gesellschaften von diesen bezieht.

Artikel 30

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Ottawa ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, und seine Bestimmungen finden Anwendung

a) in Kanada

(i) bei der im Abzugsweg erhobenen Steuer auf die Beträge, die

Article 28

Land Berlin

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of Canada within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Article 29

Miscellaneous Rules

1. The provisions of this Agreement shall not be construed to restrict in any manner any exclusion, exemption, deduction, credit, or other allowance now or hereafter accorded

(a) by the laws of one of the Contracting States in the determination of the tax imposed by that Contracting State, or

(b) by any other agreement entered into by a Contracting State.

2. It is understood that nothing in this Agreement shall be construed as preventing

(a) Canada from imposing its tax on amounts included in the income of a resident of Canada according to section 91 of the Canadian Income Tax Act;

(b) the Federal Republic of Germany from imposing its taxes on amounts included in the income of a resident of the Federal Republic of Germany according to part 4 of the German "Außensteuergesetz".

3. This Agreement shall not apply to non-resident-owned investment corporations as defined under section 133 of the Canadian Income Tax Act, or under any similar provision enacted by Canada after the signature of this Agreement, or to any income derived from such companies by any shareholder thereof.

Article 30

Entry into Force

1. This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Ottawa as soon as possible.

2. The Agreement shall enter into force upon the exchange of the instruments of ratification and its provisions shall have effect:

(a) in Canada:

(i) in respect of tax withheld at the source on amounts paid or

Article 28

Land de Berlin

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Canada dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 29

Dispositions diverses

1. Les dispositions du présent Accord ne peuvent être interprétées comme limitant d'une manière quelconque les exonérations, abattements, déductions, crédits ou autres allégements qui sont ou seront accordés

a) par la législation d'un État contractant pour la détermination de l'impôt prélevé par cet État, ou

b) par tout autre accord conclu par un État contractant.

2. Il est entendu qu'aucune disposition du présent Accord ne peut être interprétée comme empêchant

a) le Canada de prélever son impôt sur les montants inclus dans le revenu d'un résident du Canada en vertu de l'article 91 de la Loi de l'impôt sur le revenu du Canada;

b) la République fédérale d'Allemagne de prélever son impôt sur les montants inclus dans le revenu d'un résident de la République fédérale d'Allemagne en vertu de la partie 4 de la «Aussensteuergesetz» allemande.

3. Le présent Accord ne s'applique pas aux corporations de placement appartenant à des non-résidents tels qu'elles sont définies par l'article 133 de la Loi de l'impôt sur le revenu du Canada ou par toute disposition semblable adoptée par le Canada après la signature du présent Accord, ou aux revenus que les actionnaires de telles sociétés en reçoivent.

Article 30

Entrée en vigueur

1. Le présent Accord sera ratifié et les instruments de ratification seront échangés à Ottawa aussi tôt que possible.

2. Le présent Accord entrera en vigueur dès l'échange des instruments de ratification et ses dispositions seront applicables:

a) au Canada:

(i) à l'égard de l'impôt retenu à la source sur les montants

nichtansässigen Personen am oder nach dem 1. Januar 1976 gezahlt oder gutgeschrieben werden;

ii) bei den sonstigen kanadischen Steuern auf die am oder nach dem 1. Januar 1976 beginnenden Steuerjahre;

b) in der Bundesrepublik Deutschland

i) bei der im Abzugsweg erhobenen deutschen Steuer auf die Steuer von den am oder nach dem 1. Januar 1976 gezahlten Beträgen;

ii) bei den sonstigen deutschen Steuern auf die Steuern, die für das Kalenderjahr 1976 und die folgenden Jahre erhoben werden.

(3) Das am 4. Juni 1956 in Ottawa unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen tritt außer Kraft. Seine Bestimmungen sind von dem Tag an, an dem die entsprechenden Bestimmungen dieses Abkommens nach Absatz 2 anzuwenden sind, nicht mehr wirksam.

credited to non-residents on or after the first day of January 1976;

(ii) in respect of other Canadian tax for taxation years beginning on or after the first day of January 1976;

(b) in the Federal Republic of Germany:

(i) in respect of German tax withheld at the source, for the tax on amounts paid on or after the first day of January 1976;

(ii) in respect of other German taxes, for taxes which are levied for the calendar year 1976 and for subsequent years.

3. The Agreement between the Federal Republic of Germany and Canada for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income signed at Ottawa on June 4, 1956 is terminated. Its provisions shall cease to have effect from the date on which the corresponding provisions of this Agreement take effect in accordance with the provisions of paragraph 2.

payés à des non-résidents ou portés à leur crédit à partir du 1er janvier 1976;

(ii) à l'égard des autres impôts canadiens, pour toute année d'imposition commençant à partir du 1er janvier 1976;

b) en République fédérale d'Allemagne:

(i) à l'égard de l'impôt allemand retenu à la source, pour l'impôt sur les montants payés à partir du 1er janvier 1976;

(ii) à l'égard des autres impôts allemands, pour les impôts qui sont perçus pour l'année civile 1976 et les années subséquentes.

3. L'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et le Canada pour éviter les doubles impositions et prévenir la fraude fiscale en matière d'impôts sur le revenu, signé à Ottawa le 4 juin 1956 est abrogé. Ses dispositions cesseront d'avoir effet à compter de la date à laquelle les dispositions correspondantes du présent Accord prendront effet conformément aux dispositions du paragraphe 2.

Artikel 31

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder Vertragsstaat bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach dem Jahr, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat kündigen; in diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung

a) in Kanada

i) bei der im Abzugsweg erhobenen Steuer auf die Beträge, die nichtansässigen Personen am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder gutgeschrieben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt, und

ii) bei den sonstigen kanadischen Steuern auf die Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs beginnen, das auf das Kündigungsjahr folgt;

b) in der Bundesrepublik Deutschland

i) bei der im Abzugsweg erhobenen deutschen Steuer auf die Steuer von den Beträgen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

Article 31

Termination

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either Contracting State may, on or before June 30 in any calendar year after the year of the exchange of the instruments of ratification, give notice of termination to the other Contracting State and in such event the Agreement shall cease to have effect:

(a) in Canada:

(i) in respect of tax withheld at the source on amounts paid or credited to non-residents on or after the first day of January in the calendar year next following that in which the notice is given; and

(ii) in respect of other Canadian tax for taxation years beginning on or after the first day of January in the calendar year next following that in which the notice is given;

(b) in the Federal Republic of Germany:

(i) in respect of German tax withheld at the source, for the tax on amounts paid on or after the first day of January in the calendar year next following that in which the notice is given;

Article 31

Dénonciation

Le présent Accord restera indéfiniment en vigueur; mais chacun des États contractants pourra, jusqu'au 30 juin inclus de toute année civile postérieure à l'année de l'échange des instruments de ratification, donner un avis de dénonciation à l'autre État contractant et, dans ce cas, l'Accord cessera d'être applicable:

a) au Canada:

(i) à l'égard de l'impôt retenu à la source sur les montants payés à des non-résidents ou portés à leur crédit à partir du 1er janvier de l'année civile qui suit immédiatement celle où l'avis est donné; et

(ii) à l'égard des autres impôts canadiens, pour toute année d'imposition commençant à partir du 1er janvier de l'année civile qui suit immédiatement celle où l'avis est donné;

b) en République fédérale d'Allemagne:

(i) à l'égard de l'impôt allemand retenu à la source, pour l'impôt sur les montants payés à partir du 1er janvier de l'année civile qui suit immédiatement celle où l'avis est donné;

ii) bei den sonstigen deutschen Steuern auf die Steuern, die für das Kalenderjahr erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 22. Januar 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(ii) in respect of other German taxes, for taxes which are levied for the calendar year next following that in which the notice of termination is given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorized to that effect, have signed this Agreement.

DONE in duplicate, at Bonn, this 22nd day of January 1976, in the German, English and French languages, each version being equally authentic.

(ii) à l'égard des autres impôts allemands, pour les impôts qui sont perçus pour l'année civile qui suit immédiatement celle où l'avis de dénonciation est donné.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Accord.

FAIT en double exemplaire à Bonn, le 22 Janvier 1976 en langues allemande, anglaise et française, chaque version faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
For the Federal Republic of Germany:
Pour la République fédérale d'Allemagne:

Gehlhoff
Offergeld

Für Kanada:
For Canada:
Pour le Canada:

J. G. H. Halstead

Protokoll

Protocol

Protocole

Anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und bestimmter anderer Steuern haben die Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. In bezug auf Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d wird davon ausgegangen, daß im französischen Wortlaut des Abkommens der Ausdruck „société" auch eine „corporation" im Sinne des kanadischen Rechts umfaßt.

2. In bezug auf die Artikel 5 und 8 wird davon ausgegangen, daß Fährschiffe, Hochsee-Fährschiffe und sonstige Schiffe, die hauptsächlich der Beförderung von Personen und Gütern ausschließlich zwischen Orten innerhalb eines Vertragsstaats dienen, bei derartigen Fahrten nicht als im internationalen Verkehr betrieben gelten; es besteht ferner Einvernehmen darüber, daß die in dem Vertragsstaat gelegenen Anlegestellen, die von diesen Schiffen bei diesen Fahrten regelmäßig benutzt werden, in diesem Staat gelegene Betriebstätten des Unternehmens darstellen, das diese Schiffe betreibt.

3. In bezug auf Artikel 11 Absatz 3 Buchstabe a gelten Unternehmen als verbunden, wenn eines der Unternehmen mit dem anderen Unternehmen zusammenhängt oder von ihm beherrscht oder geleitet wird. Für die Zwecke dieser Bestimmung hängt ein Unternehmen mit einem anderen Unternehmen zusammen, wenn die stimmberechtigten Anteile zu mehr als 50 vom Hundert dem anderen Unternehmen, Personen, mit denen das andere Unternehmen im Sinne des Artikels 9 Buchstabe a oder b verbunden ist, oder dem anderen Unternehmen und den mit ihm auf diese Weise verbundenen Personen gehören.

4. In bezug auf Artikel 18 Absatz 1 besteht Einvernehmen darüber, daß
   a) der Satz der kanadischen Steuer auf regelmäßig wiederkehrende

At the signing of the Agreement between the Federal Republic of Germany and Canada for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and Certain other Taxes, the undersigned have agreed on the following provisions which shall be an integral part of the Agreement:

1. With reference to Article 3, paragraph 1 (d), it is understood that in the French version of the Agreement, the term "société" includes a "corporation" within the meaning of Canadian law.

2. With reference to Articles 5 and 8, it is understood that ferry-boats, deep-sea ferry-boats or other vessels devoted principally to the transportation of passengers or goods exclusively between places in a Contracting State shall, when so operated, not be considered to be operated in international traffic; it is further agreed that the landing site or sites situated in the Contracting State and used regularly in such operation by such boats or vessels shall constitute a permanent establishment in that State of the enterprise operating such boats or vessels.

3. With reference to Article 11, paragraph 3 (a), enterprises are considered associated where one of the enterprises is related to, or controlled or managed by the other enterprise. For the purpose of this provision, an enterprise is related to another enterprise if more than 50 per cent of the voting shares belongs to the other enterprise, to persons with whom the other enterprise is associated within the meaning of Article 9, paragraph (a) or (b), or to the other enterprise and persons so associated with it.

4. With reference to Article 18, paragraph 1, it is agreed that:
   (a) the rate of Canadian tax charged on periodic pension payments

Au moment de procéder à la signature de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et le Canada tendant à éviter les doubles impositions et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu et sur certains autres impôts, les soussignés sont convenus des dispositions suivantes qui forment partie intégrante de l'Accord:

1. En ce qui concerne l'article 3, paragraphe 1 d), il est entendu que dans la version française de l'Accord, le terme «société» désigne également une «corporation» au sens du droit canadien.

2. En ce qui concerne les articles 5 et 8, il est entendu que les bateaux-passeurs, les bateaux-passeurs de haute-mer et les autres bâtiments affectés principalement au transport des passagers ou de marchandises exclusivement entre des points situés dans un État contractant, ne doivent pas, lorsqu'ils sont exploités de cette façon, être considérés exploités en trafic international; de plus, il est convenu que le lieu ou les lieux d'accostage situés dans un État contractant et utilisés régulièrement par de tels bateaux ou bâtiments dans ce genre d'exploitation, constituent dans cet État un établissement stable de l'entreprise exploitant ces bateaux ou bâtiments.

3. En ce qui concerne l'article 11, paragraphe 3 a), des entreprises sont considérées associées lorsque l'une des entreprises est liée à, ou est contrôlée ou dirigée par l'autre entreprise. Pour l'application de la présente disposition, une entreprise est liée à une autre entreprise si plus de 50 p. 100 des actions assorties d'un droit de vote appartiennent à l'autre entreprise, à des personnes avec qui l'autre entreprise est associée au sens de l'article 9, paragraphe a) ou b), ou à l'autre entreprise et à des personnes qui lui sont associées de cette manière.

4. En ce qui concerne l'article 18, paragraphe 1, il est convenu que:
   (a) le taux de l'impôt canadien établi sur les paiements périodi-

Ruhebezüge aus Quellen innerhalb Kanadas den jeweils niedrigeren der nachstehenden Sätze nicht übersteigen darf:

i) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zahlung oder

ii) den Satz, der unter Zugrundelegung des Steuerbetrags ermittelt wird, den der Zahlungsempfänger für den von ihm während des Jahres bezogenen Gesamtbetrag der regelmäßig wiederkehrenden Ruhebezüge für das Jahr zu zahlen hätte, wenn er eine in Kanada ansässige Person wäre;

b) von Ruhebezügen aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland die deutsche Steuer nur erhoben wird, wenn die Ruhegehälter von der Bundesrepublik Deutschland, einem ihrer Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften gezahlt werden.

5. In bezug auf Artikel 18 Absatz 2 besteht Einvernehmen darüber, daß der Satz der Steuer, die ein Vertragsstaat von Renten aus Quellen innerhalb dieses Staates erhebt, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zahlung nicht übersteigen darf. Diese Begrenzung gilt aber nicht für Kapitalabfindungen anläßlich der Aufgabe, der Kündigung, des Rückkaufs, Verkaufs oder einer sonstigen Veräußerung einer Rente und nicht für Zahlungen im Zusammenhang mit einer Ausgleichsrente.

6. Es wird davon ausgegangen, daß dieses Abkommen einen Vertragsstaat nicht hindert, die nachstehenden Einkünfte und Vermögenswerte zu besteuern: Einkünfte, die aus einem in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Nachlaß oder Trust oder über einen solchen Nachlaß oder Trust bezogen werden, und Vermögenswerte, die über einen solchen Nachlaß oder Trust gehalten werden und die nach dem Recht des erstgenannten Staates zu den Einkünften oder Vermögenswerten einer in diesem Staat ansässigen Person gehören.

7. Stehen alle oder fast alle Anteile einer kanadischen Kapitalgesellschaft (Canadian corporation) (ausgenommen Anteile, die kanadischen Mitgliedern des Aufsichts- oder Verwaltungsrats gehören) seit 1972 im Eigentum von in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Personen, so wird bei der Ermittlung der Höchstgrenze des eingezahlten Gesellschaftskapitals (paid-up capital limit) für Zwecke der Subsections 18 (4), 84 (2) oder 84 (3) des Income Tax Act of

derived from sources within Canada shall not exceed the lesser of:

(i) 15 per cent of the gross amount of the payment, and

(ii) the rate determined by reference to the amount of tax that the recipient of the payment would otherwise be required to pay for the year on the total amount of the periodic pension payments received by him in the year, if he were resident in Canada;

(b) German tax shall be levied on pensions derived from sources within the Federal Republic of Germany only if they are paid by the Federal Republic of Germany, a "Land", a political subdivision or a local authority thereof.

5. With reference to Article 18, paragraph 2, it is agreed that the rate of tax charged by a Contracting State on annuities derived from sources within that State shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the payment. However, this limitation does not apply to lump-sum payments arising on the surrender, cancellation, redemption, sale or other alienation of an annuity, or to payments of any kind under an income-averaging annuity contract.

6. It is understood that nothing in this Agreement shall prevent a Contracting State from imposing its tax on items of income received from or through, and on items of capital owned through, an estate or trust which is a resident of the other Contracting State and which are included in the income or capital of a resident of the first-mentioned State in accordance with the laws of that State.

7. Where all or substantially all of the shares (other than shares owned by Canadian directors) of a Canadian corporation have been since 1972 owned by residents of the Federal Republic of Germany, in computing the corporation's paid-up capital limit for the purposes of subsections 18 (4), 84 (2), or 84 (3) of the Income Tax Act of Canada, the tax equity of the corporation shall be computed as if any mineral resource situated in Canada purchased by the corporation before

ques d'une pension provenant de sources situées au Canada ne peut excéder le moins élevé des deux taux suivants:

(i) 15 p. 100 du montant brut du paiement, et

(ii) le taux calculé en fonction du montant d'impôt que le bénéficiaire du paiement devrait autrement verser pour l'année à l'égard du montant total des paiements périodiques de pensions qu'il a reçu au cours de l'année s'il était un résident du Canada;

(b) un impôt allemand ne sera prélevé sur les pensions provenant de sources situées dans la République fédérale d'Allemagne que si elles sont payées par la République fédérale d'Allemagne ou un «Land», ou l'une de leurs subdivisions politiques ou collectivités locales.

5. En ce qui concerne l'article 18, paragraphe 2, il est convenu que le taux de l'impôt établi par un État contractant sur les rentes provenant de sources situées dans cet État ne peut excéder 15 p. 100 du montant brut du paiement. Toutefois, cette limitation ne s'applique pas aux paiements forfaitaires découlant de l'abandon, de l'annulation, du rachat, de la vente ou d'une autre forme d'aliénation de la rente, ou aux paiements de toute nature en vertu d'un contrat de rente à versements invariables.

6. Il est entendu qu'aucune disposition du présent Accord ne peut empêcher un État contractant de percevoir ses impôts sur les éléments de revenu reçus de, ou par l'intermédiaire d'une succession (estate) ou d'un fiducie (trust) qui est un résident de l'autre État contractant, ainsi que sur les éléments de fortune possédés par l'intermédiaire d'une telle succession (estate) ou fiducie (trust), lorsque lesdits éléments sont inclus dans le revenu ou la fortune d'un résident du premier État conformément à la législation de cet État.

7. Lorsque la totalité ou la presque totalité des actions d'une corporation canadienne (autres que celles détenues par des administrateurs canadiens) ont été détenues depuis 1972 par des résidents de la République fédérale d'Allemagne, pour déterminer le plafond du capital versé de la corporation aux fins des paragraphes 18 (4), 84 (2), ou 84 (3) de la Loi de l'impôt sur le revenu du Canada, la masse fiscale de la corporation sera calculée comme si toute ressource minérale située au

Canada bei der Ermittlung der „tax equity" der Gesellschaft davon ausgegangen, daß alle in Kanada gelegenen Mineralvorkommen (mineral resource), die die Gesellschaft vor 1972 ausschließlich gegen Barzahlung erworben hat, Anlagevermögen (capital property) darstellen. Für die Zwecke dieser Bestimmung richtet sich die Bedeutung der Ausdrücke „tax equity", „paid-up capital limit", „mineral resource", „capital property" und „Canadian corporation" nach dem Income Tax Act of Canada.

GESCHEHEN zu Bonn am 22. Januar 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

1972 solely in consideration for cash were a capital property. For the purposes of this provision, the terms "tax equity", "paid-up capital limit", "mineral resource", "capital property" and "Canadian corporation" shall have the meaning assigned to them under the Income Tax Act of Canada.

DONE in duplicate, at Bonn, this 22nd day of January 1976, in the German, English and French languages, each version being equally authentic.

Canada, achetée par la corporation avant 1972 uniquement en contrepartie d'espèces, était un bien en immobilisations. Aux fins de la présente disposition, les expressions «masse fiscale», «plafond du capital versé», «ressource minérale», «bien en immobilisations» et «corporation canadienne» auront le sens qui leur est donné par la Loi de l'impôt sur le revenu du Canada.

FAIT en double exemplaire à Bonn, le 22 Janvier 1976 en langues allemande, anglaise et française, chaque version faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
For the Federal Republic of Germany:
Pour la République fédérale d'Allemagne:

Gehlhoff
Offergeld

Für Kanada:
For Canada:
Pour le Canada:

J. G. H. Halstead

Denkschrift zum Abkommen

A. Bedeutung und Zweck des Abkommens

I. Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada besteht bisher das Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen vom 4. Juni 1956. Es hat die deutsch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen auf eine sichere steuerliche Grundlage gestellt, sich im allgemeinen bewährt und zu der günstigen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen beigetragen. Seit längerem machte sich jedoch bemerkbar, daß das Abkommen — es gehört zu den ersten Doppelbesteuerungsabkommen der Bundesrepublik Deutschland — in einigen Punkten den Erfordernissen nicht mehr genügt. Es mußte daher an die Entwicklung des deutschen und kanadischen Steuerrechts sowie an den heutigen Stand des internationalen Steuerrechts angepaßt werden. Dem dient das vorliegende neue Doppelbesteuerungsabkommen.

Die Revision des Abkommens vom 4. Juni 1956 wurde bereits im Jahr 1959 von der Bundesregierung im Hinblick auf die Auswirkung des gespaltenen Tarifs der deutschen Körperschaftsteuer eingeleitet. Die ersten Verhandlungen fanden bis 1962 in Ottawa und Bonn statt, führten aber nicht zu einer Einigung. In der folgenden Zeit sah sich die kanadische Regierung zur Fortführung der Verhandlungen außerstande, weil eine Reform des kanadischen Steuerrechts vorbereitet wurde. Erst nach deren Durchführung im Jahr 1972 konnten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Sie führten zu einer Einigung in einigen wesentlichen Punkten (Besteuerung von Zinsen aus dinglich gesicherten Schuldverschreibungen und von Grundstückseinkünften). Nach weiteren Verhandlungen in Bonn und Ottawa wurde der Abkommenstext am 30. August 1974 in Ottawa paraphiert.

II. Ziele der Revision

Die Revision des bisherigen Abkommens führte zu einem neuen Gesamtabkommen, dessen Grundlage das OECD-Musterabkommen von 1963 ist. Die Abweichungen vom bisherigen Abkommen lassen sich wie folgt zusammenfassen.

a) Verbesserung des Schutzes vor Doppelbesteuerungen

Das bisherige Abkommen hat die Doppelbesteuerung nicht immer zufriedenstellend beseitigt. Das neue Abkommen bringt hier einen verbreiterten und verbesserten Schutz. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem:

1. die Einbeziehung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer in das Abkommen (Artikel 2 des Abkommens),
2. die Begrenzung des Besteuerungsrechts des Quellenstaats für Dividenden aus Beteiligungen im Streubesitz auf 15 v. H. (Artikel 10 Abs. 2 des Abkommens),
3. die Senkung des Besteuerungsrechts des Quellenstaats für gewerbliche Lizenzgebühren von bisher 15 v. H. auf 10 v. H. (Artikel 12 Abs. 2 des Abkommens),
4. der wesentliche Abbau der besonderen kanadischen Steuer, die von Betriebstätten ausländischer — also auch deutscher — Unternehmen erhoben wird (Artikel 10 Abs. 7 des Abkommens).

Weitere Verbesserungen ergeben sich daraus, daß dem neuen Abkommen der Text des OECD-Musterabkommens von 1963 zugrunde gelegt wurde (vgl. Abschnitt d unten).

Gegenüber den deutschen Abkommen mit den meisten anderen Industriestaaten weicht das vorliegende Abkommen u. a. dadurch ab, daß bei Zinsen und Lizenzgebühren das Besteuerungsrecht des Quellenstaats nicht voll beseitigt, sondern allgemein nur auf einen Satz von 15 v. H. bzw. 10 v. H. begrenzt ist. Insoweit ist der geltende Rechtszustand nur partiell verbessert worden. Sollte Kanada mit anderen Staaten günstigere Regelungen treffen, so ist bei den guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zu erwarten, daß auch der Bundesrepublik Deutschland diese Regelungen zugestanden werden.

b) Beseitigung ungerechtfertigter Steuervorteile

Bestimmte Regelungen des bisherigen Abkommens führten unter Umständen zu ungerechtfertigten Steuervorteilen. Dies soll durch das neue Abkommen unterbunden werden. Hierzu ist vor allem folgendes zu erwähnen.

1. Das bisherige Abkommen verstärkte den „Ausländereffekt“ des gespaltenen Tarifs der deutschen Körperschaftsteuer, weil es die deutsche Kapitalertragsteuer für Ausschüttungen deutscher Tochtergesellschaften an ihre kanadischen Muttergesellschaften auf 15 v. H. begrenzte. Das neue Abkommen setzt das deutsche Besteuerungsrecht — wie im deutschen Vertragsnetz inzwischen üblich — auf 25 v. H. herauf (Artikel 10 Abs. 3 des Abkommens).
2. Das bisherige Abkommen stellte Zinsen aus Forderungen und Schuldverschreibungen, die dinglich an kanadischen Grundstücken gesichert sind, von der deutschen Besteuerung frei. Da solche Zinsen nur einer relativ niedrigen kanadischen Abzugsteuer unterliegen, führte dies dazu, daß sie nicht angemessen belastet wurden. Das neue Abkommen beseitigt diesen Zustand; diese Zinsen sind künftig — unter Anrechnung der kanadischen Quellensteuer von 15 v. H. — auch der deutschen Besteuerung unterworfen (Artikel 11 Abs. 2 und 4, Artikel 23 Abs. 2 Buchstabe b Unterabsatz iii des Abkommens).
3. Einkünfte aus kanadischem Grundbesitz waren nach dem bisherigen Abkommen stets von der deutschen Besteuerung ausgenommen. Besonderheiten des kanadischen Steuerrechts führten auch hier dazu, daß diese Einkünfte nicht angemessen belastet wurden. Das neue Abkommen

sieht daher vor, daß diese Einkünfte künftig unter Anrechnung der kanadischen Quellensteuer von 15 v. H. auch der deutschen Besteuerung unterworfen werden; hiervon sind jedoch — den diesbezüglichen Regelungen der Abkommen mit der Schweiz und mit Spanien entsprechend — Einkünfte aus Grundstücken ausgeschlossen, die aktiv tätigen Betriebstätten deutscher Unternehmen in Kanada dienen (Artikel 23 Abs. 2 Buchstabe b Unterabsatz i des Abkommens).

c) **Anpassung an das deutsche Außensteuergesetz**

Das neue Abkommen berücksichtigt ferner bestimmte Regelungen des Außensteuergesetzes vom 12. September 1972, Bundesgesetzbl. I S. 1713. Das bisherige Abkommen schloß es aus, dieses Gesetz auf Basisgesellschaften anzuwenden, die — etwa unter der früheren kanadischen Gesetzgebung — steuergünstig in Kanada errichtet werden konnten. Das neue Abkommen eröffnet jetzt die Anwendung des Außensteuergesetzes auch gegenüber diesen Gesellschaften (Artikel 29 Abs. 2 Buchstabe b des Abkommens).

Kanada hat vor einiger Zeit besondere Bestimmungen gegen derartige Basisgesellschaften eingeführt. Soweit diese Bestimmungen Gesellschaften treffen, deren Einkünfte aus niedrig besteuernden Gebieten nach dem deutschen Recht der Hinzurechnungsbesteuerung unterliegen, werden die nach den besonderen kanadischen Bestimmungen erhobenen kanadischen Steuern auf Grund § 11 des Außensteuergesetzes auf die entsprechenden deutschen Steuern angerechnet.

Das Abkommen trifft ferner Regelungen, die eine Doppelbesteuerung dann ausschließen, wenn eine Person, die aus der Bundesrepublik Deutschland nach Kanada zieht, auf Grund § 6 des Außensteuergesetzes mit dem Wertzuwachs, der bis zur Wohnsitzverlegung bei einer ihr gehörenden wesentlichen Beteiligung an einer deutschen Gesellschaft entstand, zur deutschen Einkommensteuer herangezogen wird (Artikel 13 Abs. 5 des Abkommens).

d) **Anpassung an das OECD-Musterabkommen von 1963**

Dem neuen Abkommen liegt das Muster der OECD für ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens von 1963 zugrunde (vgl. Bundesanzeiger Nr. 76/1964). Der Schwerpunkt der sich daraus ergebenden Änderungen liegt bei den Definitionen der Begriffe „Wohnsitz" und „Betriebstätte", der Besteuerung der freiberuflichen Tätigkeit, dem Ausbau des Diskriminierungsschutzes und der Übernahme zahlreicher Einzelregelungen dieses Musters.

III. Gliederung des Abkommens

Dem Musterabkommen der OECD und der deutschen Vertragspraxis entsprechend grenzen die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 des Abkommens den Geltungsbereich des Abkommens ab und enthalten die für die Abkommensanwendung wichtigen Definitionen. Die Artikel 6 bis 22 des Abkommens legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. der Belegenheitsstaat Einkünfte und Vermögenswerte besteuern darf. Artikel 23 des Abkommens bestimmt, wie der Wohnsitzstaat eines Steuerpflichtigen bei den Einkünften und Vermögenswerten, die der andere Staat nach dem Abkommen besteuern darf, die Doppelbesteuerung vermeidet. Die abschließenden Artikel 24 bis 31 des Abkommens regeln den Schutz vor steuerlicher Diskriminierung, die zur Durchführung der Bestimmungen des Abkommens und des innerstaatlichen Steuerrechts der Vertragsstaaten notwendige Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen, das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten des Abkommens sowie sonstige Fragen.

Dem Abkommen ist ein Protokoll mit einigen ergänzenden Bestimmungen beigegeben; dieses ist Bestandteil des Abkommens.

B. Zu den einzelnen Artikeln des Abkommens

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt, daß das Abkommen für Personen gilt, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel führt die Steuern auf, die unter das Abkommen fallen. Durch die Einbeziehung der deutschen Vermögensteuer und der Gewerbesteuer ist der Geltungsbereich des Abkommens gegenüber dem des bisherigen Abkommens wesentlich ausgedehnt worden.

Aus Gründen des kanadischen Verfassungsrechts konnten die kanadischen Provinzsteuern nicht in das Abkommen einbezogen werden. Gleichwohl wurde der Geltungsbereich des Abkommens auf die deutsche Gewerbesteuer ausgedehnt, weil unter den gegenwärtigen Rechtsverhältnissen bei den kanadischen Provinzsteuern Gegenseitigkeit besteht. Für den Fall, daß diese tatsächliche Gegenseitigkeit in Zukunft nicht mehr bestehen sollte, haben beide Delegationen die Aufnahme von Verhandlungen vereinbart, um eine dem Zweck des Abkommens entsprechende Regelung anzustreben.

Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert einige im Abkommen mehrfach verwendete Begriffe. Das Abkommen soll abweichend vom bisherigen Rechtszustand auch für den Festlandsockel beider Staaten gelten, soweit diesen nach dem Völkerrecht dort Souveränitätsrechte zustehen.

Absatz 2 enthält eine übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der „in einem Vertragsstaat ansässigen Person", der für den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung des Besteuerungsrechts der Vertragsstaaten maßgebend ist. Hiernach ist jemand in

dem Vertragsstaat ansässig, in dem er auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staats mit dem Gesamt-(Welt-)einkommen steuerpflichtig ist (Absatz 1). Für die Ausnahme, daß dies in beiden Vertragsstaaten der Fall ist (sog. doppelter steuerlicher Wohnsitz), bestimmt Absatz 2 für natürliche Personen, welcher der beiden Vertragsstaaten als Wohnsitzstaat im Sinn des Abkommens gilt. Tritt dieser Fall bei juristischen Personen ein, so sollen nach Absatz 3 die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten den Wohnsitz im Sinn des Abkommens in gegenseitigem Einvernehmen feststellen.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert den Begriff der „Betriebstätte", der die Grundlage der Zuweisung des Besteuerungsrechts für gewerbliche Einkünfte bildet, in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD. Gegenüber der Definition dieses Begriffs im bisherigen Abkommen sind die Ausnahmetatbestände (bloße Handelsstützpunkte und Hilfseinrichtungen) wesentlich erweitert worden (Absatz 3). Vertreter ohne Abschlußvollmacht gelten anders als nach dem bisherigen Abkommen in keinem Fall mehr als Betriebstätten (Absatz 4).

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt entsprechend dem OECD-Musterabkommen, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt. Der Geltungsbereich dieser Regelung ist auf die Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen ausgedehnt worden.

Im Gegensatz zum bisherigen Recht gilt diese Regelung nicht mehr für Zinsen aus dinglich gesicherten Forderungen; im Anschluß an die Regelung des OECD-Musterabkommens fallen auch diese Zinsen unter die allgemeine Regelung für Zinsen (vgl. Abschnitt A II b, 2. oben und die Ausführungen zu Artikel 11 des Abkommens unten).

Zu Artikel 7

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Diese Bestimmungen unterscheiden sich von denen des bisherigen Abkommens nur in redaktioneller Hinsicht. Für die Besteuerung der Gewinne von Mitunternehmern enthält das Abkommen entsprechend der neueren deutschen Vertragspraxis keine besondere Bestimmung mehr; eine Änderung gegenüber der bisherigen Rechtslage ergibt sich daraus allerdings nicht.

Nach Absatz 1 darf ein Vertragsstaat Gewinne eines Unternehmens des anderen Staats entsprechend internationaler Vertragspraxis nur insoweit besteuern, als die Gewinne durch eine in seinem Gebiet gelegene Betriebstätte erzielt worden sind („Betriebstättenprinzip"). Die Absätze 2 bis 4 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und die Zurechnung der Betriebstättengewinne. Absatz 5 regelt das Verhältnis der Bestimmungen über die Besteuerung der Unternehmensgewinne zu denen über die Besteuerung anderer Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen und dem bisherigen Abkommen, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen nur im Staat der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden können. Eine Sonderregelung gilt nach Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen für Gewinne aus dem Betrieb von Fährschiffen.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen und dem bisherigen Abkommen klar, daß das Abkommen der steuerlichen Korrektur von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an einen im anderen Staat ansässigen Gesellschafter ausschüttet. Nach Absatz 1 können derartige Dividenden wie bisher grundsätzlich in dem Staat besteuert werden, in dem der Gesellschafter im Sinne des Abkommens ansässig ist.

Nach Absatz 2 ist daneben auch der Staat steuerberechtigt, in dem die die Dividenden ausschüttende Gesellschaft ansässig ist (Quellenstaat). Das Besteuerungsrecht dieses Staats ist aber allgemein auf 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden beschränkt. Das bisherige Abkommen sah demgegenüber eine Begrenzung auf diesen Satz nur für den Fall vor, daß der Dividendenempfänger mehr als 25 v. H. der stimmberechtigten Anteile der ausschüttenden Gesellschaft besaß und dabei selbst eine Gesellschaft war. Nach der Neuregelung kommen auch solche deutsche Gesellschafter kanadischer Gesellschaften, bei denen diese Voraussetzungen nicht vorliegen, z. B. Gesellschafter, die natürliche Personen sind (für Beteiligungen jeden Umfangs), in den Genuß des Satzes von 15 v. H. Umgekehrt haben kanadische Gesellschafter deutscher Gesellschaften Anspruch auf eine Reduktion der deutschen Kapitalertragsteuer von 25 v. H. auf 15 v. H. der von den Gesellschaften an sie ausgeschütteten Dividenden.

Im Hinblick auf den gespaltenen Tarif der deutschen Körperschaftsteuer konnte es nicht länger hingenommen werden, daß die kanadischen Muttergesellschaften für die Ausschüttungen ihrer deutschen Tochtergesellschaften die Ermäßigung der deutschen Kapitalertragsteuer auf 15 v. H. geltend machen können, da dadurch Wettbewerbsvorteile zugunsten der kanadischen Gesellschaften entstanden sind.

Nach Absatz 3 kann nun die deutsche Kapitalertragsteuer in der Höhe von 25 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden erhoben werden, die eine deutsche Tochtergesellschaft an ihre kanadische Muttergesellschaft ausschüttet. Damit wird entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages zum Steueränderungsgesetz 1958 (BT-Drucksache 448, 3. Wahlperiode, Niederschrift über die 33. Sitzung der 3. Wahlperiode) berücksichtigt, daß

der ausgeschüttete Gewinn einer deutschen Gesellschaft dem ermäßigten Satz der Körperschaftsteuer von 15 v. H. unterliegt und daß ausländische Muttergesellschaften im Gegensatz zu deutschen Muttergesellschaften keine deutsche Nachsteuer im Sinne des § 9 Abs. 3 des Körperschaftsteuergesetzes zu tragen brauchen. Dabei stellt das Abkommen sicher, daß die Erhebung der vollen deutschen Kapitalertragsteuer nicht durch Aufteilung einer wesentlichen Beteiligung auf mehrere Rechtsträger umgangen werden kann.

Die Absätze 4 und 5 definieren in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen den Begriff der Dividenden und regeln die Besteuerungsbefugnis für den Fall, daß die Dividenden über eine im Staat der ausschüttenden Gesellschaft belegene Betriebstätte bezogen werden. Absatz 6 enthält eine international übliche Klausel zur Begrenzung der Dividendenbesteuerung.

Erwirtschaftet eine deutsche Gesellschaft in Kanada Gewinne durch eine dort belegene Betriebstätte, so unterliegen diese Gewinne nicht nur der normalen kanadischen Körperschaftsteuer, sondern auch einer weiteren kanadischen Steuer, die einer Quellensteuer ähnlich ist. Absatz 7 baut diese Steuer für die kanadischen Betriebstätten deutscher Gesellschaften wesentlich ab. Er begrenzt ihren Satz und ihre Bemessungsgrundlage. Vor allem aber beschränkt er die Steuer auf die Fälle, in denen sich in der kanadischen Betriebstätte die Haupttätigkeit der deutschen Gesellschaft vollzieht. Die wirtschaftlich bedeutsamen Fälle deutscher Gesellschaften mit dem Schwerpunkt der Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland fallen daher nicht mehr unter die erwähnte kanadische Sondersteuer.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Staat bezieht. Nach Absatz 1 können die Zinsen wie bisher in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger im Sinne des Abkommens ansässig ist.

Nach Absatz 2 ist daneben auch der Staat steuerberechtigt, aus dem die Zinsen stammen (Quellenstaat). Das Besteuerungsrecht dieses Staats ist aber wie bisher allgemein auf 15 v. H. des Bruttobetrages der Zinsen beschränkt. Der Wohnsitzstaat des Empfängers der Zinsen rechnet wie bisher die Steuer des Quellenstaats nach Artikel 23 des Abkommens auf seine Steuer an.

Absatz 3 bringt Ausnahmen, die das bisherige Abkommen nicht enthält. Danach sind gewisse Zinsen völlig von der Steuer des Quellenstaates freigestellt. Hierzu gehören vor allem Zinsen für Lieferkredite, sofern sie nicht zwischen verbundenen Unternehmen gezahlt werden; unter welchen Voraussetzungen ein Unternehmensverbund im Sinn dieser Bestimmung angenommen werden muß, ist in Nummer 3 des Protokolls näher umschrieben. Von der Besteuerung im Quellenstaat freigestellt sind ferner Zinszahlungen an die Vertragsstaaten selbst, die Länder, die Zentralbanken und einige besondere Institutionen.

Diese Grundsätze gelten auch für Zinsen aus dinglich gesicherten Forderungen und Schuldverschreibungen. Dies hat vor allem für die Zinsen aus den in Kanada dinglich gesicherten Forderungen und Schuldverschreibungen Bedeutung. Kanada konnte bisher derartige Zinsen ohne Beschränkung durch das Abkommen besteuern; andererseits waren die Zinsen aber in der Bundesrepublik Deutschland als Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen steuerfrei. Aus den bereits oben erwähnten Gründen (vgl. Abschnitt A II b, 2. oben) unterwirft das neue Abkommen auch derartige Zinsen der allgemeinen Regelung und stellt damit die Gleichmäßigkeit der Besteuerung wieder her.

Die Absätze 4 bis 7 definieren in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen und dem bisherigen Abkommen den Begriff der Zinsen, regeln die Besteuerungsbefugnis für den Fall, daß die Zinsen über eine im Quellenstaat belegene Betriebstätte bezogen werden, geben eine Quellendefinition und behandeln den Fall, daß zwischen nahestehenden Personen unangemessen hohe Zinsen gezahlt werden.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Lizenzgebühren, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Staat bezieht. Nach Absatz 1 können die Lizenzgebühren wie bisher in dem Staat besteuert werden, in dem der Empfänger im Sinne des Abkommens ansässig ist.

Nach Absatz 2 ist daneben auch der Staat steuerberechtigt, aus dem die Lizenzgebühren stammen (Quellenstaat). Das Besteuerungsrecht dieses Staats ist aber auf 10 v. H. des Bruttobetrages der Gebühren beschränkt. Demgegenüber begrenzte das bisherige Abkommen den Satz der Steuer auf Lizenzgebühren auf 15 v. H. (vgl. Abschnitt A II a oben). Abweichend hiervon sind Lizenzgebühren für Urheberrechte im Quellenstaat völlig steuerfrei; dies entspricht bisherigem Recht. Der Wohnsitzstaat des Empfängers der Lizenzgebühren rechnet wie bisher die Steuer des Quellenstaats nach Artikel 23 des Abkommens auf seine Steuer an.

Die Absätze 4 bis 7 definieren in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen den Begriff der Lizenzgebühren, regeln die Besteuerungsbefugnis für den Fall, daß die Lizenzgebühren über eine im Quellenstaat belegene Betriebstätte bezogen werden, geben eine Quellendefinition und behandeln den Fall, daß zwischen nahestehenden Personen unangemessen hohe Lizenzgebühren gezahlt werden.

Zu Artikel 13

Dieser dem OECD-Musterabkommen nachgebildete Artikel behandelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Nach den Absätzen 1 und 2 können Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen und von Betriebstättenvermögen wie bisher im Belegenheitsstaat besteuert werden (Ausnahme: im internationalen Verkehr eingesetzte Schiffe und Luftfahrzeuge). Dem unbeweglichen Vermögen sind Beteiligungen an Gesellschaften, Trusts und Personengesellschaften gleichgestellt,

die überwiegend betrieblich genutzte Grundstücke halten (Absatz 3). Das übrige Vermögen kann nach Absatz 4 nur im Wohnsitzstaat des Veräußerers besteuert werden. Dies gilt — abweichend vom bisherigen Abkommen — uneingeschränkt auch für Gewinne aus der Veräußerung wesentlicher Beteiligungen.

Absatz 5 Buchstabe b regelt den Fall, daß eine natürliche Person aus der Bundesrepublik Deutschland nach Kanada verzieht und dabei auf Grund § 6 des Außensteuergesetzes den Wertzuwachs einer wesentlichen Beteiligung an einer deutschen Kapitalgesellschaft zu versteuern hat. Dieser Wertzuwachs soll in Kanada nicht ein zweites Mal besteuert werden, wenn der Zugezogene die Beteiligung veräußert. Dies wird dadurch erreicht, daß Kanada den bei der Veräußerung entstehenden Gewinn unter Ansatz des Werts der Beteiligung im Zeitpunkt des Wegzugs aus der Bundesrepublik Deutschland ermittelt. Im umgekehrten Fall (Wohnsitzverlegung von Kanada nach der Bundesrepublik Deutschland) behält Kanada das Besteuerungsrecht für die Veräußerungsgewinne, wenn die Veräußerung innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren nach dem Wegzug stattfindet (Absatz 5 Buchstabe a). Der Veräußerungsgewinn ist aber auch der deutschen Besteuerung unterworfen; die kanadische Steuer wird dabei auf die deutsche Steuer angerechnet (Artikel 23 Abs. 2 Buchstabe b Unterabsatz iv des Abkommens).

Zu Artikel 14

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit entsprechend dem OECD-Musterabkommen. Danach steht dem Staat der Arbeitsausübung — in Abweichung vom bisherigen Abkommen — das Besteuerungsrecht nur noch dann zu, wenn der Steuerpflichtige dort für seine Tätigkeit regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen. Die Regelungen folgen im wesentlichen denjenigen des bisherigen Abkommens.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Aufsichts- und Verwaltungsratsvergütungen in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen. Diese Vergütungen können in dem Staat besteuert werden, in dem die sie zahlende Gesellschaft ansässig ist; der Staat, in dem der Bezieher der Vergütungen ansässig ist, kann diese unter Anrechnung der Steuer des Staats der zahlenden Gesellschaft gleichfalls besteuern (Artikel 23 des Abkommens).

Zu Artikel 17

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus der Berufstätigkeit von Künstlern und Sportlern in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen. Nach Absatz 1 können diese Einkünfte wie bisher stets in dem Staat besteuert werden, in dem der Steuerpflichtige seine Tätigkeit ausübt. Die Absätze 2 und 3 enthalten Regelungen, mit denen Steuerumgehungen begegnet werden soll.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Ruhebezügen, Renten und ähnlichen Zahlungen. Ausgangspunkt ist die dem bisherigen Abkommen entsprechende Regelung des OECD-Musterabkommens, wonach derartige Einkünfte nur im Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden können.

Abweichend vom bisherigen Abkommen ist ein Staat für Ruhegehälter und Renten steuerberechtigt, die aus Quellen innerhalb seines Gebiets stammen und für eine in diesem Staat oder zu dessen Gunsten erbrachte Tätigkeit gezahlt werden. Diese Regelung trägt einer Besonderheit des kanadischen Steuerrechts Rechnung (Absätze 1 und 2).

Für Ruhegehälter und Renten aus Kanada begrenzen die Nummern 4 und 5 des Protokolls zum Abkommen das kanadische Besteuerungsrecht auf 15 v. H. dieser Bezüge; diese Steuer wird auf die deutsche Steuer eines in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Empfängers angerechnet. Im umgekehrten Fall kann auf Grund des deutschen Steuerrechts eine deutsche Steuer nur bei Ruhegehaltszahlungen der öffentlichen Hand erhoben werden.

Absatz 3 bestimmt, daß gewisse Entschädigungsleistungen der öffentlichen Hand (für Kriegsfolgen und politische Verfolgung) und Bezüge aus der Sozialversicherung nur im Quellenstaat besteuert werden können. Nach demselben Absatz steht für Unterhaltszahlungen und ähnliche Leistungen das Besteuerungsrecht ausschließlich dem Wohnsitzstaat des Empfängers zu.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel sieht in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen und dem bisherigen Abkommen vor, daß Vergütungen im öffentlichen Dienst — allerdings außer den Ruhebezügen — allein im zahlenden Staat besteuert werden können. Dieses „Kassenprinzip" gilt nicht für die Bezüge von Ortskräften und solchen Personen, die in Wirtschaftsbetrieben der öffentlichen Hand tätig sind. Für Ruhebezüge im öffentlichen Dienst gilt Artikel 18 Abs. 1 des Abkommens.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel soll entsprechend den vergleichbaren Bestimmungen des bisherigen Abkommens den zwischenstaatlichen Austausch von Personen fördern, die sich in Ausbildung oder Fortbildung befinden. Zuwendungen, die für Zwecke der Ausbildung und des Unterhalts solcher Personen aus Quellen außerhalb des Gastlandes gezahlt werden, bleiben danach im Gastland steuerfrei.

Zu Artikel 21

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für Einkünfte, die in den vorhergehenden Artikeln nicht behandelt werden, allein dem Wohnsitzstaat des Empfängers zu. Im bisherigen Abkommen fehlte eine derartige,

dem OECD-Musterabkommen entsprechende Regel. Soweit diese Einkünfte aus einem der Vertragsstaaten stammen, können sie aber auch in diesem Staat besteuert werden, was eine wesentliche Abweichung von der Bestimmung des OECD-Musterabkommens darstellt.

Absatz 2 regelt im Anschluß an die Weiterentwicklung des OECD-Musterabkommens den Fall, daß die im vorliegenden Artikel behandelten Einkünfte über eine Betriebstätte bezogen werden.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung des Vermögens. Dem OECD-Musterabkommen folgend weist er das Besteuerungsrecht für unbewegliches Vermögen und Betriebstättenvermögen (Ausnahme: im internationalen Verkehr eingesetzte Schiffe und Luftfahrzeuge) dem Staat der Belegenheit zu (Absätze 1 bis 3). Das übrige Vermögen kann nach Absatz 4 nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt die Frage, wie der Wohnsitzstaat eines Steuerpflichtigen die Doppelbesteuerung solcher Einkünfte und Vermögenswerte des Steuerpflichtigen vermeidet, die nach dem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden können.

Absatz 1 regelt den Fall, daß Kanada Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen ist. Hier vermeidet Kanada die Doppelbesteuerung stets nach der Anrechnungsmethode: Die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte, die entsprechend dem Abkommen der deutschen Besteuerung unterworfen werden, können auch in Kanada besteuert werden; die deutsche Steuer wird dabei auf die kanadische Steuer angerechnet. Das Abkommen verankert diesen bereits im kanadischen Steuerrecht enthaltenen Grundsatz völkerrechtlich.

Absatz 2 behandelt den Fall, daß die Bundesrepublik Deutschland Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen ist. Die Doppelbesteuerung wird entsprechend der deutschen Vertragspraxis teilweise nach der Freistellungsmethode und teilweise nach der Anrechnungsmethode vermieden. Auf Grund der der Regelung des Buchstabens a des Absatzes zugrunde liegenden Freistellungsmethode sind von der deutschen Besteuerung insbesondere befreit:

— Einkünfte aus in Kanada belegenen Betriebstätten (Artikel 5 und 7) und festen Einrichtungen (Artikel 14) sowie das diesen Einkünften zugrunde liegende Vermögen (Artikel 22 Abs. 2 des Abkommens);

— Einkünfte aus einer in Kanada ausgeübten unselbständigen Arbeit (Artikel 15 Abs. 1 des Abkommens);

— Dividenden, die deutsche Muttergesellschaften von ihren kanadischen Tochtergesellschaften (Mindestbeteiligung 25 v. H.) beziehen, und die diesen Dividenden zugrunde liegenden Beteiligungen;

— Vergütungen im öffentlichen Dienst, für die das Besteuerungsrecht allein Kanada zusteht (Artikel 19 Abs. 1 Buchstabe a des Abkommens);

— die anderen nicht in Buchstabe b des Absatzes genannten Einkünfte.

Die Abkommensregelung sieht — deutscher Abkommenspraxis und dem bisherigen Abkommen entsprechend — vor, daß die steuerbefreiten Einkünfte in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des sogenannten Progressionsvorbehalts zu berücksichtigen sind (§ 32 b des Einkommensteuergesetzes 1975).

Buchstabe b des Absatzes regelt, auf welche der aus Kanada stammenden Einkünfte eines in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Steuerpflichtigen die Anrechnungsmethode anzuwenden ist. Im Vergleich zum bisherigen Rechtszustand ist von Bedeutung, daß künftig unter die Anrechnungsmethode auch fallen:

— Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 des Abkommens, das nicht zu einer in Kanada belegenen aktiv tätigen Betriebstätte gehört;

— Zinsen aus in Kanada dinglich gesicherten Forderungen und Schuldverschreibungen.

Parallel zu dieser Regelung ist nach Buchstabe c des Absatzes in Kanada belegenes unbewegliches Vermögen nicht von der deutschen Vermögensteuer freizustellen (Ausnahme: unbewegliches Vermögen, das einer in Kanada belegenen aktiv tätigen Betriebstätte dient).

Buchstabe d des Absatzes schließt das Schachtelprivileg des Abkommens an die internen deutschen Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung an. Die Freistellung von der deutschen Körperschaftsteuer kommt hiernach nur in Betracht, wenn nach § 19 a Abs. 2 des Körperschaftsteuergesetzes die Anrechnung einer vom Gewinn der kanadischen Tochtergesellschaft der deutschen Muttergesellschaft erhobenen Steuer zulässig wäre.

Absatz 3 enthält eine internationalen Grundsätzen entsprechende Auslegungsregel.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel verhindert steuerliche Diskriminierungen. Er gilt für Steuern jeder Art und folgt im wesentlichen dem OECD-Musterabkommen. Im bisherigen Abkommen waren diese Grundsätze nur in unvollständiger Form enthalten.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen können. Er stellt klar, daß in diesen Verfahren auch Fragen der Gewinnabgrenzung international tätiger Unternehmen geregelt werden können.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt in Übereinstimmung mit dem bisherigen Abkommen die Zusammenarbeit der Steuerbehörden der Vertragsstaaten.

Zu Artikel 27

Absatz 1 enthält den üblichen Vorbehalt weitergehender Vorrechte diplomatischer und konsularischer Beamter nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Absätze 2 und 3 enthalten dazu ergänzende Bestimmungen.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel 29

Absatz 1 stellt klar, daß das Abkommen Ansprüche auf weitergehende Steuervergünstigungen, die nach innerstaatlichem Recht der Vertragsstaaten bestehen, nicht ausschließt.

Absatz 2 stellt klar, daß steuerliche Vorschriften der Vertragsstaaten gegen die Verlagerung von Einkünften und Vermögenswerten in niedrigbesteuerte Basisgesellschaften (in der Bundesrepublik: §§ 7 bis 14 des Außensteuergesetzes) durch das Abkommen nicht berührt werden.

Absatz 3 schließt gewisse Gesellschaften, die nach innerstaatlichem kanadischem Steuerrecht steuergünstig gegründet werden konnten, aus dem persönlichen Geltungsbereich des Abkommens aus.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel befaßt sich mit dem Inkrafttreten des Abkommens und seinem zeitlichen Anwendungsbereich, und er enthält eine Bestimmung über das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens.

Zu Artikel 31

Dieser Artikel enthält die international üblichen Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung des Abkommens.

III. Sonstige Bestimmungen

Nach Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c (in Verb. mit Artikel 4) des Abkommens sind auch Nachlässe und Trusts, die in einem Vertragsstaat als Steuerpflichtige gelten, Personen im Sinne des Abkommens. Diese Regelung hat gegenwärtig nur für die Besteuerung von Nachlässen und Trusts nach dem kanadischen Steuerrecht Bedeutung. Nach Nummer 6 des Protokolls zum Abkommen behält jedoch bei den in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Personen diese das Besteuerungsrecht für die Einkünfte und Vermögenswerte, die diese Personen über Nachlässe und Trusts beziehen bzw. besitzen.

Nummer 8 des Protokolls zum Abkommen sieht eine Erleichterung für gewisse kanadische Investitionen im Rohstoffbereich tätiger deutscher Unternehmen vor.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung wird gebeten, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob Artikel 29 des Doppelbesteuerungsabkommens nicht durch neue Verhandlungen mit Kanada gestrichen werden sollte.

Begründung

Das deutsch-kanadische Doppelbesteuerungsabkommen sieht vor, die Zugriffsbesteuerung vorzunehmen (Artikel 29 Abs. 2 Buchstabe b DBA). Auf Grund dieser Regelung unterliegen künftig die kanadischen Zwischengesellschaften der kanadischen Besteuerung und die deutschen Gesellschafter dieser Zwischengesellschaften der deutschen Besteuerung. Die Belastung der Gesellschaften in Kanada und der Gesellschafter in Deutschland mit Steuer kann sich prohibitiv und nachteilig auf den internationalen Wettbewerb auswirken.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Die Stellungnahme des Bundesrates vom 14. Mai 1976 spricht nach ihrer Begründung Artikel 29 Abs. 2 Buchstabe b des Abkommens vom 22. Januar 1976 an.

Diese Regelung stellt klar, daß die sogenannte Zugriffsbesteuerung nach dem Außensteuergesetz (AStG) durch das Abkommen nicht eingeschränkt wird. Demgemäß können über kanadische Gesellschaften geleitete Einkünfte, die nicht aus werbender Tätigkeit (§ 8 Abs. 1 und 2 AStG) stammen und niedrig besteuert sind (§ 8 Abs. 3 AStG), beim deutschen Gesellschafter in die deutsche Besteuerung einbezogen werden. Soweit diese Einkünfte infolge der Zwischenschaltung der kanadischen Gesellschaft auch eine kanadische Steuer tragen, wird diese nach § 12 AStG auf Antrag auf die nach diesem Gesetz zu erhebende deutsche Steuer angerechnet. Eine Mehrfachbelastung durch deutsche und kanadische Steuern, die sich prohibitiv und nachteilig auf den internationalen Wettbewerb auswirken könnte, ist damit ausgeschlossen.

Die Bundesregierung ist aus diesen Gründen der Auffassung, daß die genannte Bestimmung nicht gestrichen werden sollte.

Bn 612113 6.76